

06/07.07



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Pflanzenkraftstoffe: Erste umfassende Ökobilanz
Klima-Kongress: Männer-Blick, Frauen-Blick?
Stopp für Genmais, Start für Genkartoffel
DNR-Projekt zum Biodiversitätsgipfel

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 13 (2007), Heft 06/07
ISSN 1861-0048

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Franziska Heinrich (fh), Ines Jentsch (ij)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/publikationen

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise/Bestellen: siehe 3. Umschlagseite

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für
unverlangt eingesandtes Material keine
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion/des Herausgebers wieder.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber.
Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

Bonn 2008: Große Chance für deutsche Naturschutzverbände

Liebe Leserinnen und Leser,

im Mai 2008 finden in Bonn die neunte Vertragsstaatenkonferenz der UN-Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD COP9) sowie das Treffen der Mitglieder des Protokolls über biologische Sicherheit (MOP4) statt. Zu dieser UN-Konferenz unter deutschem Vorsitz werden rund 5000 Delegierte aus den 190 Vertragsstaaten der Konvention bei uns zu Gast sein. Die Vertragsstaatenkonferenz ist das höchste politische Gremium der Biodiversitätskonvention. Sie findet alle zwei Jahre statt - und nun zum ersten Mal in Deutschland! Hier bietet sich eine historische Chance für den DNR und für alle Natur- und Umweltschutzverbände, die Medienaufmerksamkeit für die eigene Arbeit zu nutzen.

Um das entsprechende öffentliche Interesse zu wecken, haben der DNR und das Forum Umwelt & Entwicklung ein gemeinsames NGO-Projekt zur Vorbereitung des Biodiversitätsgipfels gestartet, das vom Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums gefördert wird. Ziel des Projekts ist es, die Inhalte der Konvention über die Biologische Vielfalt und vor allem die Aktivitäten zur COP9 in der Öffentlichkeit, in den DNR-Mitgliedsverbänden und in der übrigen Verbandswelt zu vermitteln. Es sollen zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt und die Aktivitäten der Verbände vor und während des Gipfels koordiniert werden.

Ich möchte besonders auf die Projekt-Homepage www.biodiv-network.de hinweisen, die unter dem Motto „Networking for Biodiversity“ als Kommunikationsplattform der NGOs dient. Sie wird sich mit Informationen, Hintergrundpapieren, Terminen und allem Wissenswerten zur COP9/MOP4 in den Sprachen Deutsch, Englisch und Spanisch füllen. Außerdem wird ein E-Mail-Newsletter erscheinen, den auch alle DNR-Mitgliedsverbände automatisch erhalten.

Gemeinsam können wir den Bekanntheitsgrad und die öffentliche Wahrnehmung der COP9 und der Biodiversitätskonvention und unsere politische Einflussnahme steigern. Daher meine Bitte an die Verbände, dem Projektteam alle Aktivitäten und Anregungen zum Schutz der biologischen Vielfalt mitzuteilen und an den Veranstaltungen rege teilzunehmen.

Lesen Sie mehr über den Biodiversitätsgipfel und unsere Pläne und Aktivitäten auf Seite 15.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre dieser Ausgabe.

Ihr
Hubert Weinzierl
Präsident des Deutschen Naturschutzrings

2 Impressum

3 Editorial

- Bonn 2008: Große Chance für die Naturschutzverbände
Von Hubert Weinzierl, DNR

5 Verbände, Ehrenamt

- Bürgerschaftliches Engagement: DNR kritisiert Gesetzentwurf
- DNR-Selbstverpflichtungsaktion zur Stärkung regionaler Bioproduktion
- Lesenswert: Handbuch Freiwilligenkoordination

6 Agrarpolitik, Gentechnik, Verbraucherschutz

- Bauern streiten über EU-Milchquote
- BASF darf Gen-Kartoffel anbauen
- Monsanto-Genmais: Bundesamt verbietet Verkauf
- Kurzmeldungen: Biolandbau, Recyclingpapier

8 Energie, Klima

- Klima-Kongress McPlanet.com übt scharfe Kritik an Bundesregierung
- Gastbeitrag: Der Kongress McPlanet.com aus feministischer Perspektive
Von Juliane Grüning, AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung
- Gastbeitrag: Studie ermittelt Ökobilanzen von Pflanzentreibstoffen
Von Michael Hagmann, Empa
- Keine Preiserhöhungen bei Ökostrom
- Versteigerung von CO₂-Zertifikaten
- Kurzmeldungen: Palmöl-BHKWs, Solarpreise, Flugportal
- Lesenswert: Klimaschutz-Tipps

13 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik, Recht

- Schleppende Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie
Von Annette Littmeier, DNR
- Massentierhaltung ohne UVP-Pflicht
- Kurzmeldungen: Nachhaltigkeitsrat, Umwelt-Woche, Wettbewerb
- Lesenswert: Eigenarbeit

15 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- DNR startet Projekt zur UN-Konferenz über Biologische Vielfalt 2008
Von Bettina Lange, DNR
- Entwurf zur Nationalen Biodiversitätsstrategie
- Ausschreibung Sondermarke: Förderung von Naturschutzprojekten
- Kurzmeldungen: Naturlandschaften
- Lesenswert: Fotoband

17 Verkehr, Tourismus

- EU-Grünbuch Stadtverkehr im Visier deutscher Städte
- ADFC: Radverkehrsplan gescheitert
- Bahn stoppt Ticketverkauf im Nahverkehrszug
- Kurzmeldungen: Radverkehr, Bahntarife, Dresden, Wanderwege
- Lesenswert: Mallorca-Tipps

19 Wasser, Meere

- Ostseeschifffahrt: Studie zeigt Risiken
- Arzneimittel im Abwasser
- Kurzmeldungen: Stadt-Fließgewässer
- Lesenswert: Ressource Wasser

20 Service

- Umwelt-Termine
- Informationsquellen
- EU-Umweltpolitik verständlich

Inhalt des EU-Rundschreibens: Seite 22.

Umweltschutz gehört zum bürgerschaftlichen Engagement

DNR will Änderungen für Natur-, Tier- und Umweltschutz im Gesetzentwurf

Der DNR befürwortet zwar grundsätzlich, dass die Bundesregierung mit dem Gesetzentwurf zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements mehr Menschen zum finanziellen oder ehrenamtlichen Einsatz für die Gesellschaft bewegen will. Gleichzeitig weist der Umwelt-Dachverband in einer Stellungnahme vom Juni auf aus seiner Sicht „gravierende Nachteile für bestimmte gemeinnützige Bereiche wie den Natur-, Tier- und Umweltschutz hin.

Übungsleiterfreibetrag sollte für alle Ehrenamtlichen gelten

Es sei wichtig, die bürgerschaftlichen Aktivitäten durch sinnvolle Maßnahmen des Steuerrechts zu fördern und teilweise bürokratische Hindernisse abzubauen. Z. B. müssten die Unterscheidung zwischen gemeinnützigen und spendenbegünstigten Zwecken aufgehoben und die steuerliche Höchstgrenze beim Spendenabzug angehoben werden, betont der Verband. Außerdem müsste der höhere jährliche Übungsleiterfreibetrag von 2.100 Euro auch für Vereinsvorstände und damit alle gemeinnützigen Bereiche gelten. Die gewählten Ehrenamtsträger seien „Kristallisationspunkte für bürgerschaftliches Engagement in unserer Gesellschaft“, heißt es in der Stellungnahme. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

Stellungnahme des DNR:

www.dnr.de/publikationen/news?id=95

DNR ruft Verbände zu Nutzung von Ökoprodukten auf

Selbstverpflichtungsaktion zur Stärkung regionaler Bioproduktion

► Im Mai hat der DNR einen Aufruf an die Umwelt- und Naturschutzverbände gestartet, bei eigenen Veranstaltungen verstärkt regionale Bio-Produkte zur Verpflegung zu nutzen. „Nur eine stetige Nachfrage nach solchen Produkten kann mehr Landwirte zur Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung bewegen“, sagte Projektleiter Edmund Spindler. Das wiederum verbessere den Absatz ökologisch erzeugter Lebensmittel und halte die Wertschöpfung in der Region. Für die Verbände formulierte die DNR-Bildungsinitiative Ökologischer Landbau eine Selbstverpflichtungserklärung, die im Internet sowie bei der Geschäftsstelle in Bonn erhältlich ist.

Alternative zur Globalisierung

Nach Ansicht des DNR sollten Umweltschützer nicht nur bei eigenen Veranstaltungen, sondern auch im Privatbereich Bio-Produkte regelmäßig einsetzen. Mit der bewusst angestrebten Regionalisierung will der DNR eine machbare Alternative zur Globalisierung aufzeigen und zu einer Stärkung der regional-ökologischen Produktions- und Vermarktungsstrukturen beitragen. (mbu, mb) ■

• Weitere Informationen

DNR-Bildungsinitiative Ökologischer Landbau, Projektleiter Edmund A. Spindler, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn

Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: edmund-a.spindler@gmx.de

Selbstverpflichtungserklärung (PDF, 40 kB):

www.dnr.de/

Selbstverpflichtungserklaerung.pdf

Lesenswert

Handbuch Freiwilligenkoordination im Natur- und Umweltschutz

Das Handbuch „Freiwilligenkoordination im Natur- und Umweltschutz“ des Deutschen Naturschutzrings und des NABU ist erschienen. Die „Freiwilligenkoordination“, die ihre Wurzeln vor einigen Jahrzehnten als „volunteer management“ in den nordamerikanischen Nationalparks hatte, bedeutet eine etwas andere Art im Umgang mit ehrenamtlich Engagierten als sie deutsche Naturschutzorganisationen gewöhnt sind. Ehrenamtliches Engagement ist heute kein Selbstläufer mehr. Menschen, die bereit sind, einen Teil ihrer Zeit zu spenden, wollen persönlich angesprochen werden. Sie suchen interessante Aufgaben, wollen ihr Wissen weitergeben, Gleichgesinnte kennenlernen und neue Erfahrungen sammeln. Das Handbuch gibt den Aktiven in Vorständen, Vereinen und Umweltzentren eine praktische Hilfestellung bei der Betreuung der Ehrenamtlichen und bei der Gewinnung neuer Freiwilliger. Diese erwarten, so der Autor, dass gute Arbeit im Verband wahrgenommen wird und Anerkennung findet. Im Handbuch wird zunächst erläutert, was Freiwilligenkoordination bedeutet. Die Begriffe freiwillig und ehrenamtlich werden geklärt, aktuelle Trends beschrieben. Im Hauptteil werden verschiedene Methoden behandelt, einen Rahmen für die Freiwilligenarbeit zu schaffen, den Kontakt zu finden und zu halten. Zum Schluss gibt es Tipps zur Organisationsentwicklung, Literatur- und Internethinweise sowie eine hilfreiche Checkliste. (mbu, mb)

Günter Mitlacher: Handbuch Freiwilligenkoordination im Natur- und Umweltschutz; kostenlos im Internet (PDF, 58 S., 1 MB):
www.dnr.de/publikationen/news/docs/freiwilligenkoordination.pdf

Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes

Siehe Buchvorstellung auf Seite 14.



Deutsche Bauern streiten über EU-Milchquote

Große Nachfrage nach Milch treibt Preis in die Höhe

Der Deutsche Bauernverband (DBV) hat gefordert, die EU-Milchquoten abzuschaffen. Weil derzeit der Milchpreis wieder steigt, wünscht sich der Verband einen Markt mit weniger Einmischung durch die Politik. Lebensmitteleinzelhandel und Molkerieen handelten jüngst Preiserhöhungen von 15 Cent pro Liter Milch aus. Für Verbraucher/innen in Deutschland bedeutet dies im Schnitt etwa 7 Cent mehr. Zwar sind die Milchquoten bis 2015 noch von der EU festgelegt. Regierung und EU-Agrarministerrat sollten nach Ansicht des DBV aber schon jetzt entscheiden, die Regelung nicht zu verlängern. Betriebe, die wachsen wollten, würden durch sie gehemmt.

AbL befürchtet ohne Quote Nachteil für kleine Milchbetriebe

Das sieht der alternative Bauernverband, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) anders. Die AbL befürchtet, dass kleinere Betriebe auf der Strecke bleiben, wenn die Milchquote abgeschafft würde und der Weltmarkt den Preis bestimmt. Der DBV setze darauf, die gestiegene Nachfrage nach Milch in Europa und Asien durch mehr Exporte zu befriedigen. Hier seien Großbetriebe im Vorteil, die leichter für weniger Geld größere Mengen produzieren könnten.

Der Strukturwandel in der Milchwirtschaft ist aber auch bei den im DBV organisierten Landwirten nicht unumstritten. So ergab eine Umfrage des Bauernverbandes in Hessen keine Mehrheit für die Abschaffung der Milchquote: 64 Prozent der hessischen Milchproduzenten votierten für den Erhalt. Dagegen waren lediglich die Betriebe, die viel Milch auf den Markt bringen. Die Quotenregelung wurde vor knapp 20 Jahren von der EU eingeführt, um die Überproduktion von Milcherzeugnissen, den so genannten Milchsee, abzubauen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
Tel. 02381-9053170, Fax -492221
eMail: info@abl-ev.de
www.abl-ev.de

BASF darf Gen-Kartoffel Amflora anbauen

Chemiekonzern will Knollen für industrielle Nutzung verwenden

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat Ende Mai die Freisetzung der gentechnisch veränderten Kartoffelsorte „Amflora“ unter Sicherheitsauflagen genehmigt. Der Chemiekonzern BASF darf die Gen-Kartoffeln auf Flächen in den mecklenburgischen Gemeinden Zepkow und Bütow sowie in Perleberg (Brandenburg) anbauen. Auf rund 155 Hektar darf das Unternehmen 2007 und 2008 bis zu 45.000 Knollen pro Hektar und Jahr freisetzen. Die gentechnische Veränderung bewirkt eine für die industrielle Nutzung der Kartoffel günstigere Stärkezusammensetzung.

Zehn Meter Sicherheitsabstand

Die Sicherheitsbewertung des BVL ergab nach Angaben des Amtes, dass von der Freisetzung der genmanipulierten Kartoffeln kein Schaden für Menschen, Tiere und die Umwelt zu erwarten seien. Dennoch verpflichtete das Amt den Konzern zu Sicherheitsmaßnahmen. So muss BASF zehn Meter Abstand zwischen den Freisetzungsfeldern und anderen Feldern einhalten, auf denen gentechnikfreie Kartoffeln angebaut werden. Außerdem müssen die Gen-Kartoffeln im Pflanz- und Erntestadium gekennzeichnet werden. Vor der Ernte sollen die oberirdischen Teile der Pflanze chemisch oder mechanisch vernichtet werden. Ist die Freisetzung beendet, müssen die Flächen auf nachwachsende Kartoffeln abgesucht und gegebenenfalls die Nachkontrolle verlängert werden.

Landwirte und Gesundheitsexperten kritisieren Antibiotika-Resistenz

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) kritisierte die Genehmigungspraxis der Behörde. Das BVL bleibe seiner Linie treu und winke die Interessen der Gentechnik-Industrie durch, sagte AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen. Die Amflora-Knolle, die bislang nirgendwo auf der Welt zugelassen ist, steht auch international unter Kritik. Die Weltgesundheitsorganisation WHO und die Europäische Arzneimittelbehörde EMEA haben Bedenken gegen die Zulassung der Gen-Kartoffel geäußert, da sie auch ein Gen für Resistenzen gegenüber verschiedenen Antibiotika beinhaltet. Diese Antibiotika werden von WHO und EMEA als wesentlich

für die Behandlung von Menschen eingestuft. Sie würden zunehmend als Notfallmedikamente eingesetzt, wenn andere Antibiotika versagten. Resistenzgene freizusetzen bedrohe aber langfristig die Wirksamkeit dieser Medikamente. Diese Bedenken von WHO und EMEA ließ das BVL jedoch außer Acht.

Industrie: Koexistenz nicht machbar

Nach Angaben der AbL ist auch die Stärkeindustrie skeptisch: Diese wies darauf hin, dass Kartoffeln weder auf dem Feld noch in der Verarbeitung zu trennen sind. Bei der Ernte blieben viele Kartoffeln im Boden und würden durch Erntemaschinen auch auf andere Felder verbracht. Im nächsten Jahr könnten daraus neue Gen-Kartoffeln wachsen. Laut AbL wollen die bäuerlichen Vorstände in den Stärkefabriken auf die Nutzung von Amflora verzichten. Die Gen-Kartoffel sei überflüssig, denn bei der konventionellen Züchtung von Stärkekartoffeln seien gute Erfolge erzielt worden. (mbu) ■ ▼

• Weitere Informationen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
Tel. 02381-9053170, Fax -492221
eMail: info@abl-ev.de
www.abl-ev.de

Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), Bundesallee 50, 38116 Braunschweig
Tel. 0531 / 21497-0, Fax -299
eMail: poststelle@bvl.bund.de
www.bvl.bund.de

Bundesamt verbietet Verkauf von Monsanto-Genmais

Koexistenzforschung für

Gentech-Sorte MON810 soll beginnen

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat im Mai den Verkauf des genveränderten Mais-Saatguts der Linie MON 810 von Monsanto verboten, solange der Konzern keinen umfassenderen Plan zur Beobachtung der Umweltauswirkungen vorlegt. Begründet wird das Verkaufsverbot mit neuen Informationen über mögliche Risiken. In diesem Jahr wurde allerdings bereits ausgesät.

Genmais soll umgepflügt werden

Der Erzeugerverband Bioland und der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) haben deshalb rasche Konsequenzen gefordert. Ihrer Auffassung nach muss der bereits ausgesäte Mais umgepflügt werden oder die Pollen in der Blüte unschädlich gemacht werden. Grundlage für die Forderung ist ein Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg, das Anfang Mai in einem Eilentscheid das Land Bayern dazu verpflichtete, Honig vor Pollen des genmanipulierten MON810 zu schützen. Das Gericht billigte dem klagenden Imker einen weitgehenden Anspruch auf Schutz seiner gentechnikfreien Wirtschaftsweise zu. In Brandenburg ergingen bereits Anordnungen zum Unterpflügen, darunter auch im Kreis Märkisch-Oderland. Der Kreis und das Land sind jeweils Spitzenreiter beim MON-810-Anbau in Deutschland. Gegen die Anordnungen sind Klagen anhängig.

Forschung für „Koexistenz ohne wirtschaftlichen Schaden“

Nachdem durch den Augsburger Gerichtsentscheid der Eigentumsschutz der Anrainer von Versuchsfeldern gestärkt wurde, teilte das BVL mit, dass nun die „Koexistenzfähigkeit“ erforscht werden soll. Gemeint ist das Nebeneinander von gentechnisch veränderten und nicht gentechnisch veränderten Pflanzen. Werden mehr als 0,9 Prozent genmanipulierte Bestandteile in der Ernte nachgewiesen, muss ein Landwirt seinen Mais als „gentechnisch verändert“ melden. An fünf Standorten soll nun auf einer Fläche von 23 Hektar der Einfluss von Gen-Mais auf „geschlossene Feldfruchtbestände“ untersucht werden:

- Groß Lüsewitz bei Rostock,
- Mariensee am Naturpark Steinhuder Meer,
- Wendhausen bei Braunschweig,
- Braunschweig,
- Forchheim bei Erlangen.

Nach Angaben des BVL soll mit den Versuchen bis 2009 erprobt werden, wie die Koexistenz „ohne wirtschaftlichen Schaden“ realisiert werden kann. Konkret geht es um Mindestabstände für den Praxisanbau, den Einfluss von Zwischenkulturen, aber auch des Klimas oder der Drillrichtung auf die Auskreuzung. Des Weiteren sollen Auskreuzungsraten bei unterschiedlicher Nutzung als Körner- oder Silomais ermittelt werden. (mbu) ■ ▼

• Weitere Informationen

Bioland, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz
Tel. 06131 / 23979-17, Fax -27
eMail: presse@bioland.de
www.bioland.de

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Tel. 030 / 28482-300, Fax -309,
eMail: info@boelw.de
www.boelw.de

Kurzmeldungen

Schweizer Studie: Biolandbau bringt fast soviel Ernte wie konventioneller

Nach einer Studie des Forschungsinstituts für Biologischen Landbau in der Schweiz können Bauern, die ökologisch wirtschaften, 80 Prozent der Ernte ihrer konventionell arbeitenden Kollegen einfahren. Gleichzeitig sorgt die Ökolandwirtschaft für bessere Böden und schützt die Pflanzen vor Krankheitskeimen. So lockern z. B. Regenwürmer den Boden auf, er kann besser belüftet und bewässert werden. Für die Bauern bedeutet der Verzicht auf Herbizide, Pestizide und Kunstdünger weniger Kosten und für die Umwelt eine geringere Belastung. (mbu)

● Forschungsinstitut für Biologischen Landbau (FiBL), Frick/Schweiz, Tel. 0041 62 / 8657-272, info.suisse@fibl.org, www.fibl.org

Kampagne für Recyclingpapier in Büro und Schule

Im Mai hat die Initiative „Pro Recyclingpapier“ eine Kampagne gestartet, die den Kauf von Recyclingpapier für Schule und Büro wieder ankurbeln soll. Nach einem Boom in den 80er Jahren ist der Verkauf von Recyclingpapier stark zurückgegangen. Das Papier wurde häufig als nicht gut genug für Bürogeräte wie Drucker oder Faxgeräte angesehen. Laut Bundesumweltministerium hat sich das inzwischen gründlich geändert. In der Qualität sei Recyclingpapier inzwischen absolut gleichwertig. Heutige Kopierer und Drucker könnten die Recyclingpapiere so gut wie jedes andere Papier nutzen. Nun gehe es darum, die noch bestehenden Vorurteile aus dem Weg zu räumen. Die Initiative Pro Recyclingpapier verwies auf die Umweltbelastung durch die Frischfaserpapierherstellung. Dafür müssten Bäume gefällt werden, hinzu kämen weite Transportwege und die Emissionen in den Papierfabriken. (mbu)

● Initiative Pro Recyclingpapier, Tel. 030 / 30831403, eMail: info@papiernetz.de, www.initiative-papier.de



McPlanet.com fordert „Klima der Gerechtigkeit“

Klima-Kongress mit scharfer Kritik an Bundesregierung, EU und G8

Mit scharfer Kritik an der Klimapolitik der Bundesregierung ist am 6. Mai der dreitägige Kongress „McPlanet.com“ an der TU Berlin zu Ende gegangen. Mehr als 2000 Menschen aus Umweltbewegung und globalisierungskritischer Bewegung, Politik, Wissenschaft und Kirche waren der Einladung zu dem Kongress gefolgt, der von BUND, Greenpeace, EED, Attac und der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie veranstaltet wurde.

„Die tatsächliche Politik läuft dem Klimaschutz zuwider“

„Wir haben es satt, dass die Bundesregierung sich in Deutschland, der Europäischen Union und bei den G8-Verhandlungen mit schönen Formulierungen in Szene setzt, ihre tatsächliche Politik dem Klimaschutz aber zuwiderläuft“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Veranstalter, die auf dem Kongress von zahlreichen Teilnehmern unterzeichnet wurde. ● Auch die G8 habe mit ihrer Energiepolitik wirksamen Klimaschutz bisher verhindert. Unter den Folgen litten vor allem die Armen des Planeten.

Eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Gesellschaft ist nach Überzeugung der McPlanet.com-Teilnehmer möglich. Zur Verwirklichung brauche es aber klare, politisch gesetzte Rahmenbedingungen. Die Politik müsse endlich einen gerechten Klimaschutz zur Leitidee machen, statt weiterhin vorrangig Wirtschaftsinteressen zu bedienen. Dafür sei starker Druck aus allen Bereichen der Gesellschaft notwendig. „Wir werden unsere Verantwortung für unser Klima wahrnehmen: nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Wähler und politisch aktive Bürger“, kündigten die Unterzeichner der Erklärung an. Die Kongressteilnehmer forderten, dass sich die EU auf ein Emissionsziel von minus 30 Prozent bis 2020 festlegt.

Forderung nach schneller Energiewende

Deutschland solle sich verpflichten, seine Treibhausgase im selben Zeitraum um 40 Prozent zu senken. Um die gravierendsten Folgen des Klimawandels abzuwenden, sei es nötig, die weltweiten Emissio-

nen bis im Jahr 2050 gegenüber dem Niveau von 1990 zu halbieren. Deutschland als Industrieland müsse seine Emissionen um mindestens 80 Prozent reduzieren. Zu den weiteren Forderungen gehören eine radikale Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien sowie der Kraft-Wärme-Kopplung. Der Atomausstieg müsse beibehalten und die Nutzung von Kohle so schnell wie möglich zurückgefahren werden. Zudem sollten Emissionsrechte nicht länger an Verschmutzer verschenkt, sondern zu 100 Prozent versteigert werden. (mb) ■

• Weitere Informationen

McPlanet.com Kongressbüro, Berlin
Tel. 030 / 280957-40, Fax -41
eMail: info@mcplanet.com
www.mcplanet.com

Kongress-Erklärung „Reclaim the Climate - Für ein Klima der Gerechtigkeit!“
www.mcplanet.com/media/Reclaim_the_Climate.pdf

Kongressdokumentation: Stefanie Hundsdorfer, Elias Perabo (Hrsg.), „Klima der Gerechtigkeit. McPlanet.com - Das Buch zum dritten Kongress“, VSA-Verlag, Hamburg 2007, 192 S., 12,80 Euro, ISBN 9783899652437, www.mcplanet.com/pages/das-buch-zum-kongress.php

Gastbeitrag Klimaschutz durch Privatisierung der Luft?

Von Juliane Grüning, AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung

Der Kongress McPlanet.com 2007 aus feministischer Perspektive

Rund 2000 Menschen hatten sich vom 4. bis 6. Mai in der Technischen Universität von Berlin zum McPlanet.com 2007 eingefunden - so viele wie noch nie. Eine glänzende Stimmung herrschte auf dem Kongress unter dem Motto „Klima der Gerechtigkeit“ und rappelvoll waren die meisten Veranstaltungen. Illustre Namen aus der Umweltszene, Globalisierungskritiker/innen, Aktivistinnen und Aktivistinnen und Interessierte aus vielen verschiedenen Ländern... - dazu eine bunte Mischung an Veranstaltungsformen.

Die AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung gestaltete einen philosophischen Salon über „Diskurse zum öffentlichen Klima in feministischer Perspektive“. Die beteiligten Frauen auf dem Podium - Uta von Winterfeld, Christa Wichterich, Gotelind Alber und Gertrud Dorsch - warfen aus dieser Perspektive einen kritisch-analytischen Blick auf die öffentlichen Debatten, die sich um Klima(wandel) und Energieversorgung ranken, aber die öffentliche Daseinsvorsorge und die Privatisierung von Verantwortung oftmals vergessen. Kommentiert wurden ihre einflussreichen Beiträge von Justus Rollin (Greenpeace) und Laura Ehling (BUNDjugend). Und diskutiert von einem regen Publikum, das den Saal fast vollständig füllte.

Ökonomie und Versorgung: Kritik an der neoliberalen Logik

Gotelind Alber, Diplom-Physikerin und selbständige Politikberaterin im Bereich Klimaschutz, beschrieb in ihrem Beitrag, dass es nicht nur ein Gerechtigkeitsproblem zwischen Nord und Süd gibt. Auch im Norden gibt es Menschen, die sich Energie armutsbedingt nicht leisten können, wie im Süden einzelne große EnergiekonsumentInnen existieren. Frauen verdienen sowohl im Süden als auch im Norden weniger Geld. Allein ökonomische Instrumente anzuwenden und mit handelbaren aber verschenkten „Verschmutzungsrechten“ - deren Verteilungslogik übrigens (bezeichnenderweise?) „grandfathering“ genannt wird - die „Atmosphäre zu privatisieren“ führe dazu, dass „wo Macht ist, noch

mehr Macht hinkommt“. In diesem Sinne könne man mit Klimapolitik die Herrschaftsverhältnisse nicht ändern. Eher verteuerten sich die Energiepreise - und dies auf Kosten von Geringverdienenden, im Norden besonders alleinerziehende und ältere Frauen. Fragen nach der Versorgungssicherheit und einer funktionierenden Infrastruktur sowie sozialen Maßnahmen würden gar nicht mehr gestellt.

Der private Haushalt als „Black Box“

Gertrud Dorsch, ehemalige Professorin für Arbeitswissenschaft mit den Schwerpunkten Privathaushalt und Personalwesen, bestätigte das mit Blick auf den Haushalt, der für die Versorgung mit allem Lebensnotwendigen und auch mit Energie zuständig ist und auf den sich jetzt immer mehr Verantwortung überträgt. Mit der Privatisierung von Energie werde aus Energieversorgung ein Wettbewerb zwischen Konzernen. Der Haushalt werde dabei nur noch als „Black Box“ gesehen, wo nur noch zählt, wie viel Energie konsumiert und anschließend bezahlt wird. Was früher beispielsweise in Nordrhein-Westfalen üblich war, nämlich Beratung zur Energienutzung, wurde abgeschafft: Mehr als 50 hauswirtschaftliche Energieberatungsstellen wurden geschlossen. Mit Hannah Arendt (Sprechen und Handeln gehören zusammen) und Jürgen Habermas (kommunikatives Handeln) kritisierte Dorsch das vorherrschende Ökonomieverständnis als herrschaftlich und jeglichem haushaltswirtschaftlichem Denken abträglich.

TATA statt TINA

Kommentiert wurden diese beiden Statements vom 20-jährigen Justus Rollin von Greenpeace, der sehr engagiert für mehr Bewusstheit in und mit diskriminierender Sprache plädierte. Er wünsche sich in jedem Falle radikalere Lösungen gesellschaftlichen Zusammenlebens, das nicht nur von Männern in Machtpositionen bestimmt sein dürfe. Das vom Mainstream behauptete „There is no alternative“ (TINA-Prinzip) könne so jedenfalls nicht hingenommen werden, weder von Männern noch von Frauen. Der philosophische Salon war sich an dieser Stelle einig, dass die Antwort auf das TINA-Prinzip „TATA“ sein müsse: „There are thousand alternatives“ - auch im Klimaschutz.

„Frauen sind die unbezahlten Airbags des Sozialabbaus“

Die Soziologin und Publizistin Christa Wichterich beschrieb in ihrem Beitrag die Verschiebung des „öffentlichen Klimas von sozialer Gerechtigkeit als Norm“ hin zum neoliberalen Wirtschaftsmodell. Zwar habe der Sozialstaat durchaus diskriminierende Elemente (gehabt), aber zumindest gab es hinsichtlich der öffentlichen Güter (und somit auch des Klimas) eine Solidarität und das bürgerliche Recht, „das Recht auf etwas zu haben“. Aus dem Sozialstaat sei inzwischen ein Sozialabbaustaat geworden, der die Verantwortung zur Versorgung immer mehr privatisiere. „Frauen arbeiten unbezahlt als die Airbags des Sozialabbaus“, kritisierte Wichterich den „organisierten Rückzug des Staates“. Die Bürgerinnen und Bürger hätten kein Recht auf Versorgung mehr, sondern nur noch das Recht auf Kaufkraft. Dies schaffe neue soziale Ungerechtigkeiten, worunter immer noch besonders Frauen litten. „Im neoliberalen Regime werden wir widersprüchlichen Anforderungen ausgesetzt.“ Einerseits sollten alle Haushalte Energie sparen, auf der anderen Seite würden aufgrund der Marktlogik überall Überkapazitäten geplant. Christa Wichterich nannte als Beispiel, dass 40 neue Müllverbrennungsanlagen gebaut werden sollen, obwohl bereits mit den laufenden Anlagen Überkapazitäten vorhanden sind. Anders als in anderen Ländern müssten in Deutschland für die Baugenehmigung nicht der lokale Bedarf nachgewiesen, sondern nur die technischen Auflagen erfüllt werden. Der Import von Müll z. B. aus Australien zur Auslastung der Anlagen werde damit zur Normalität.

„Schleier der Unwissenheit“ über das Soziale und das Ökologische

Die Frage nach dem Sozialen beleuchtete Uta von Winterfeld, Politikwissenschaftlerin am Wuppertal Institut. Was ist das Soziale und was kann und soll es für uns sein - diese Frage galt es in diesem philosophischen Salon zu diskutieren. In jedem Falle werde das Soziale ähnlich schlecht behandelt wie das Ökologische - und für beide gebe es eine begrenzte Tragfähigkeit. Da aber das Soziale und das Ökologische die Gesellschaft zusammenhalten, seien beide als kostbares Gut zu behandeln. Darüber hinaus stelle sich die Frage nach ihrer gerechten Verteilung. Niemand kenne den genauen Wert dieser Güter, was als eine Art „Schleier der Unwissenheit“ bezeichnet werden könne. Diese

Unwissenheit werde aber zu Ungunsten von Ökologie und Sozialem ausgenutzt. Wenn aber überhaupt Ungleichheit zulässig sei, dann nur, wenn sie den sozial Schwachen nutzt, so von Winterfeld abschließend.

Ökologisches Verhalten soll sich jede/r leisten können

Laura Ehling von der BUNDjugend kommentierte, dass es in jedem Fall einen sozialen Ausgleich für die Ungleichheit geben müsse. Es dürfe nicht ein „Recht auf Verschmutzung“ geben, sondern es müsse ein „Recht auf ein gutes Leben“ geben. Ein ökologisch orientiertes Leben müsse leistbar sein, dennoch hätten alle eine Verantwortung auch für zukünftige Generationen - deshalb plädierte sie für eine vermehrte Einbeziehung der Jugendlichen.

Ohne Geschlechtergerechtigkeit keine akzeptablen Politikentwürfe

Die anschließende Diskussion beleuchtete das Vergessen schon einmal erreichter Standpunkte der Frauenbewegung oder auch die Frage, ob Frauen mit „männlichen Aufgaben“ nicht ein ähnliches klimaschädliches Verhalten an den Tag legten wie Männer. Auch das dadurch entfachte Streitthema vom (Un)Sinn geschlechtsspezifischer Zuschreibungen wurde diskutiert.

Deutlich wurde, dass der philosophische Salon nur ein Anfang für eine vertiefte Debatte über feministische Perspektiven sein konnte, der Bedarf bei den Anwesenden nach „mehr“ aber groß. Einig waren sich die Teilnehmer/innen jedenfalls in ihrer Kritik an einem Kongress mit dem Motto „Klima der Gerechtigkeit“, der das Thema Geschlechtergerechtigkeit nicht durchweg und bereits in der Konzeption thematisierte. Gerechtigkeit und Klimaschutz müssten beide die Geschlechterfrage mit einbeziehen, um zu politisch akzeptablen Lösungen zu kommen. ■

• Weitere Informationen

AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung, Juliane Grüning, c/o DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-81, Fax - 80
eMail: juliane.gruening@dnr.de
www.forum-ue.de/47.html

Gastbeitrag Biotreibstoffe nicht immer besser für die Umwelt

Studie zu Ökobilanzen von Bioethanol, Biomethanol, Biodiesel und Biomethan
Biotreibstoffe sind nicht notwendigerweise umweltfreundlicher als fossile Treibstoffe. Dies zeigt eine neue Studie der Empa¹, die im Auftrag der schweizerischen Bundesämter für Energie, für Umwelt und für Landwirtschaft die Ökobilanzen verschiedener Biotreibstoffe untersucht hat. Zwar verursachen einige Biotreibstoffe mehr als ein Drittel weniger Treibhausgase als Benzin oder Diesel. Bei Anbau und Verarbeitung der Rohstoffe wie Mais oder Soja fallen jedoch andere, teils schwerer wiegende Umweltbelastungen an, welche die ökologische Gesamtbilanz deutlich verschlechtern. Biotreibstoff ist also nicht gleich Biotreibstoff, und diesen Unterschied gilt es auch bei den derzeit diskutierten Fördermaßnahmen für Biotreibstoffe zu berücksichtigen. Zudem zeigt die Studie, dass die Menge der einheimischen Bioenergie begrenzt ist.

Versauerung des Bodens und Rückgang der Artenvielfalt

„Die energetische Effizienz und die dadurch erzielte Treibhausgasreduktion können nicht die alleinigen Kriterien für eine ökologische Gesamtbewertung von Biotreibstoffen sein“, sagt Empa-Wissenschaftler Rainer Zah, der mit seinem Team verschiedene alternative Treibstoffe - Bioethanol, Biomethanol, Biodiesel und Biomethan - vom Anbau der Rohstoffe über die eigentliche Herstellung der Biotreibstoffe bis zu ihrer Nutzung ökologisch bewertet hat. Zwar können mit einer ganzen Reihe von Biotreibstoffen die Treibhausgase um mehr als 30 Prozent gesenkt werden. Auf der anderen Seite treten jedoch bei deren Anbau und Verarbeitung teilweise andere gravierende Umweltbelastungen auf. Diese reichen von Überdüngung und Versauerung des landwirtschaftlich genutzten Bodens bis hin zum Verlust der Artenvielfalt, etwa durch Rodung von tropischem Regenwald. Die landwirtschaftliche Energieproduktion steht zudem in Konkurrenz mit anderen

¹ Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt.
Studie: Rainer Zah u. a., „Ökobilanz von Energieprodukten: Ökologische Bewertung von Biotreibstoffen“, April 2007, 206 S.; PDF (3,1 MB): www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/8514.pdf

Formen der Landnutzung wie der Nahrungsmittelproduktion oder dem Erhalt natürlicher Flächen.

Transport hat nur geringen Einfluss auf die Umweltbelastung

Biotreibstoff ist nicht gleich Biotreibstoff, und obwohl grundsätzlich jeder der vier untersuchten Treibstoffe umweltfreundlich produziert werden kann, entscheiden Rohstoff sowie Herstellungsart darüber, welcher Alternativtreibstoff gesamtökologisch besser abschneidet als Benzin und Diesel. Der Transport, auch von ausländischen Biotreibstoffen in die Schweiz, hat dagegen nur geringen Einfluss auf die Ökobilanz. Eine staatliche Förderung von Biotreibstoffen, beispielsweise durch steuerliche Begünstigung gegenüber Diesel und Benzin, muss deshalb differenziert erfolgen. „Die Vorsilbe ‚Bio‘ heißt nicht in jedem Fall auch umweltfreundlich“, so Zah.

Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch der jüngste Bericht der Vereinten Nationen (UN) über nachhaltige Bioenergie („Sustainable Bioenergy: A Framework for Decision Makers“)². Die Gruppe UN-Energy - ein Zusammenschluss aller Programme und Organisationen der UN, die sich mit dem Thema Energie beschäftigen - unterstreicht in ihrer Studie ausdrücklich, dass die Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft sorgfältig analysiert werden müssen, bevor politische Entscheidungen über einen möglichen Ausbau und die Förderung bestimmter Technologien im Bereich Bioenergie getroffen werden.

Umweltbelastung durch Anbau der Bioenergie-Rohstoffe

In der Ökobilanz negativ zu Buche schlagen bei Biotreibstoffen vor allem die Umweltbelastungen durch den landwirtschaftlichen Anbau der Rohstoffe. So führt in tropischen Ländern die Brandrodung von Regenwaldflächen zu großen Mengen an CO₂, zu einer erhöhten Luftverschmutzung durch Ruß und andere gesundheitsschädliche Abgase wie Stickoxide, Aerosole oder Dioxine und zum Verlust an Biodiversität.

Beim Anbau in gemäßigten Klimazonen wiederum wirken sich die teils intensive Düngung und die mechanische Bearbeitung des Bodens negativ auf die Umwelt

² <http://esa.un.org/un-energy/publications.htm>

aus. Die extrem hohe Umweltbelastung durch in Europa produziertes Ethanol aus Roggen - das von allen untersuchten Biotreibstoffen die mit Abstand schlechteste Ökobilanz aufweist - erklärt sich dagegen durch den niedrigen Ernteertrag.

Gute Resultate für Abfall, Reststoffe und Holz

Bei der Ökobilanz schneidet laut Studie die energetische Nutzung von Abfall- und Reststoffen gegenüber fossilen Treibstoffen am besten ab. Dabei fallen einerseits die hohen Umweltbelastungen aus der Rohstoffbereitstellung weg, andererseits verringern sich die Schadstoffemissionen aus der Abfallbeseitigung. Ebenfalls gute Ergebnisse zeigt die energetische Nutzung von Holz, etwa dessen Vergasung, da hier die Umweltauswirkungen bei der Bereitstellung des Rohstoffes sehr gering sind.

Zudem ließen sich die Umweltbelastungen aller untersuchten Biotreibstoffe - im Gegensatz zu den fossilen Energieträgern - durch gezielte Maßnahmen deutlich verringern. So könnten etwa strenge Zertifizierungsrichtlinien für Biotreibstoffe das Problem der Brandrodung von Regenwald mindern. Die Wissenschaftler der Empa erwarten daher in Zukunft bessere Bewertungen einzelner Biotreibstoffe dank der Optimierung bestehender sowie der Entwicklung neuer Herstellungsverfahren. Grundlage für die Studie waren Daten aus „ecoinvent“, einer weltweit einzigartigen wissenschaftlichen Datenbank für Ökobilanz-Basisdaten, die von Empa-Forschern erstellt und betreut wird.

Einheimische Bioenergie ist nur begrenzt verfügbar

Die Studie legt außerdem dar, dass die Menge der einheimischen Bioenergie begrenzt ist. Wenn die verfügbare Biomasse jedoch effizient und umweltfreundlich in Energie umgewandelt und gleichzeitig die Energieeffizienz erhöht wird, könnten alternative Energieträger zusammen mit anderen erneuerbaren Energieformen eine wichtige Rolle in unserer zukünftigen Energieversorgung übernehmen. ■ ▼

• Weitere Informationen

Empa, Michael Hagmann, Überlandstr. 129, CH-8600 Dübendorf
Tel. 0041 44 / 823-4592, Fax -4031
eMail: michael.hagmann@empa.ch
www.empa.ch

Keine Preiserhöhungen bei Ökostrom

Stromkonzerne verteuern Angebote - Verbände rufen zum Wechsel auf

Nach der bundesweiten Abschaffung der Genehmigungspflicht für Grundversorgungstarife am 1. Juli erhöhen etwa 100 Stromversorger ihre Preise. Die Grundversorgungstarife dieser Lieferanten steigen um durchschnittlich acht Prozent, in einem Fall sogar um mehr als ein Drittel. Der Preis für Ökostrom bleibt jedoch stabil. Die wichtigsten Umweltorganisationen und Verbraucherverbände haben deshalb die Verbraucher/innen sowie Gewerbetreibende und Unternehmen aufgefordert den Stromversorger zu wechseln.

Kunden sollen Marktmacht nutzen

„Zeigen Sie den Konzernen und ihren Tochterunternehmen, die jetzt zum wiederholten Mal ohne plausible Begründung die Strompreise erhöhen, die rote Karte und wechseln Sie zum Ökostrom“, heißt es in einer Erklärung der im Aktionsbündnis „Atomausstieg selber machen“ zusammengeschlossenen Organisationen. „Nutzen Sie Ihre Verbrauchermacht. Machen Sie Politik mit dem Einkaufskorb und fangen Sie beim Strom an. Helfen Sie mit, Atomstrom zu einer immer schwerer verkäuflichen Ware zu machen und fördern sie zukunftsfähige Elektrizität aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse.“

Viermal Sonne, Wind und Wasser statt viermal Kohle und Atom

Die Verbände empfehlen den Wechsel zu den vier überregional tätigen, nicht mit den vier Stromriesen Eon, RWE, Vattenfall und EnBW verflochtenen Ökostromanbietern EWS Schönau, Greenpeace energy, Naturstrom und Lichtblick. Da die Ökostromanbieter im Gegensatz zur Konkurrenz keine Preiserhöhungen planen, steigt ihre Attraktivität auch unter finanziellen Gesichtspunkten. Bereits vor dem 1. Juli war Ökostrom in vielen Regionen kaum noch teurer und zum Teil sogar günstiger als herkömmlicher Strom. (mb) ■ ▼

• Weitere Informationen

Ökostrom-Kampagne der Umwelt- und Verbraucherverbände:
www.atomausstieg-selber-machen.de
Tel. 0800 / 7626852
Individueller Stromrechner:
www.oekostromwechsel.de/strom/stromrechner

Industrie gegen Versteigerung von CO₂-Zertifikaten

Emissionshandel bisher wirkungslos

Deutsche Energieversorger und der Verband der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) haben sich im Juni gegen die geplante Versteigerung von Emissionszertifikaten ausgesprochen. Die Bundesregierung will im kommenden Jahr zehn Prozent der Kohlendioxid-Zertifikate per Auktion verteilen. 2008 beginnt eine neue Periode für den Emissionshandel. Bisher waren die Zertifikate kostenlos. Umweltorganisationen hatten dies stets vehement kritisiert und sehen auch die nun geplanten zehn Prozent als zu niedrig an.

Energieunternehmen: Emissionshandel schuld an steigenden Strompreisen

Der VIK lehnt es jedoch ab, dass die Industrie für die Emissionsrechte bezahlen soll. Das würde die Strompreise in die Höhe treiben. Mit rund 900 Millionen Euro Mehrkosten müssen die Unternehmen nach Presseberichten rechnen. Demgegenüber verweisen Klimaexperten und Umweltverbände darauf, dass die Energiekonzerne bisher durch den Emissionshandel Zusatzeinnahmen verzeichnen konnten. Denn wenn sie weniger emittierten, als es ihnen die kostenlos zugeteilten Verschmutzungsrechte erlaubten, konnten sie die übrigen Rechte verkaufen. Doch auch die Unternehmen, die dadurch ihre Gewinne steigern konnten, erhöhten offenbar mit dem Klimakosten-Argument die Strompreise.

Trotz Emissionshandels stieg 2006 der CO₂-Ausstoß in der EU

Sowohl in Deutschland als auch in der gesamten EU hat der Emissionshandel die in ihn gesetzten Erwartungen bisher nicht erfüllt. Statt weniger wurde 2006 sogar mehr Kohlendioxid ausgestoßen. Nach Angaben der EU-Kommission waren es europaweit 0,3 Prozent mehr als im Vorjahr. In Deutschland stiegen die Emissionen laut Umweltbundesamt sogar um 0,6 Prozent. (mbu, mb) ■ ▼

• Weitere Informationen

Verband der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK), Richard-Wagner-Str. 41, 45128 Essen
Tel. 0201 / 81084-15
eMail: vik@vik.de
www.vik-online.de

Kurzmeldungen

Trotz massiver Kritik: Weitere Investitionen in neue Palmöl-BHKWs

Nach Informationen von Umweltorganisationen planen die Deutsche Bank und die Ruhrkohle AG den Einstieg in die Energieproduktion aus Palmöl. Die beiden Unternehmen wollten sich an zwölf Blockheizkraftwerken im Saarland beteiligen, die mit Palmöl betrieben werden sollen, teilte die Organisation Rettet den Regenwald im Mai mit. Nach einer Prognose des Leipziger Instituts für Energetik und Umwelt werden deutsche Blockheizkraftwerke im Jahr 2007 mindestens 1,3 Mrd. kWh Strom aus Palmöl erzeugen. Dafür erhielten die Betreiber rund 200 Mio. Euro Zuwendungen nach dem „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG). Laut einem aktuellen UN-Bericht treibt der Bioenergie-Boom jedoch die Vernichtung von Primärwäldern für Palmölplantagen vor allem in Südostasien voran. Indonesiens größte Umweltorganisation WALHI, die Biokraftstoffe aus Palmöl strikt ablehnt, forderte von den Industriestaaten, ihre Energieprobleme nicht auf Kosten der Tropenwälder und der von ihnen abhängigen Menschen zu lösen. (mbu, mb)

www.regenwald.org; UN-Studie: esa.un.org/un-energy/publications.htm

Deutsche und Europäische Solarpreise 2007 - Bewerbung bis Ende Juli

► Der Verein Eurosolar nimmt bis zum 31. Juli wieder Bewerbungen und Vorschläge für die Ehrung von Projekten und Personen entgegen, die sich um die Nutzung Erneuerbarer Energien verdient gemacht haben. Seit 1994 verleiht Eurosolar die Deutschen und Europäischen Solarpreise an beispielhafte Initiativen. Im Mittelpunkt stehen dabei herausragende innovative und kreative Leistungen für die Verbreitung Erneuerbarer Energien. Die Preisvergabe erfolgt in unterschiedlichen thematischen Kategorien. Die Europäischen Solarpreise werden durch die jeweiligen nationalen Eurosolar-Sektionen in mehreren europäischen Ländern ausgeschrieben. Aus den Vorschlägen, die auf nationaler Ebene eingereicht und prämiert werden, wählt dann eine europäische Jury die Preisträger der Europäischen Solarpreise aus. (mbu)

● Eurosolar, Bonn, Tel. 0228 / 362373, www.eurosolar.org

Erstes Flugbuchungsportal mit automatischer Klimaspende

Seit Juni bietet das Portal Flygreen die Buchung von Flügen nur zusammen mit einer Spende an die CO₂-Ausgleichsagentur Atmosfair an. Während der Online-Flugbuchung werden automatisch auch die CO₂-Emissionen für den gewählten Flug berechnet. Daraus wird die Höhe der Spende errechnet, die in Klimaschutzprojekten für einen Ausgleich dieser Emission sorgen soll. Der Kunde kann während des Buchungsablaufes entscheiden, ob er den vollen Spendenbetrag, die Hälfte oder einen Mindestbetrag von 5 Euro für Klimaschutzprojekte spenden will. Neu für ein Flugportal ist auch, dass Flygreen seine Kunden anregt, über die Wahl eines anderen Verkehrsmittels nachzudenken. Das Schweriner Unternehmen entstand im Umfeld von Umweltverbänden. (mbu)

www.flygreen.de



Lesenswert

„Wir Klimaretter“ - Wie jede/r helfen kann den Klimawandel zu stoppen

Die Journalisten Toralf Staud und Nick Reimer analysieren in ihrem Buch, weshalb aktiver Klimaschutz bisher in der Gesellschaft, Politik und Wirtschaft gescheitert ist. Sie wollen zeigen, dass und wie jeder Mensch etwas dafür tun kann, den Klimawandel zu bremsen. In elf Kapiteln geben die Autoren praktische Tipps, wie man einen ausgeglichenen persönlichen CO₂-Haushalt hinbekommt - zum Beispiel durch den Wechsel zu einem Ökostromanbieter oder die Verwendung energiesparsamerer Geräte und Autos. Das Buch ist ein gut geschriebener Ratgeber mit sinnvollen Vorschlägen, die einfach umzusetzen sind. (mbu)

Toralf Staud, Nick Reimer: Wir Klimaretter - So ist die Wende noch zu schaffen, KiWi Taschenbuch, Köln 2007, 317 S., 8,95 Euro, ISBN 978-3-462-03908-5



Schleppende Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie

Von Annette Littmeier, DNR

Statistisches Bundesamt kritisiert Bundesregierung

Mit der Verabschiedung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vor fünf Jahren hat sich die Bundesregierung die Selbstverpflichtung auferlegt in regelmäßigen Abständen auch die Umsetzung der Strategie zu überprüfen. Während bisher die einzelnen Ministerien für ihre Aufgabenbereiche diesen Bericht erstellten, hat dieses Jahr Bundeskanzlerin Merkel das Statistische Bundesamt mit der Bilanzierung beauftragt. In dem im April veröffentlichten Indikatorenbericht 2006 analysiert das Bundesamt die Umsetzung der 21 Nachhaltigkeitsziele, von denen rund die Hälfte für Umweltfragen relevant sind. Die Beauftragung des Statistischen Bundesamtes ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem neutralen Monitoring, denn der Indikatorenbericht enthält deutlich weniger Schönfärberei als noch der Fortschrittsbericht 2004.

Unabhängiger Indikatorenbericht zeigt Umsetzungsdefizite auf

Der Bericht benennt Defizite in der Umsetzung sehr deutlich. Beispielsweise sei das Tempo zur Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität viel zu langsam, um die angestrebte Verdopplung bis 2020 zu erreichen. Ähnliches gilt für die Senkung der Treibhausgasemissionen um 21 Prozent bis 2010. Laut Statistischem Bundesamt ist ein Großteil der bereits erreichten Minderung von 18,6 Prozent auf die Umstrukturierungsprozesse in den neuen Bundesländern zurückzuführen - seit 1995 sinken vor allem die Kohlendioxidemissionen nur noch langsam, unter anderem weil die Steigerung des CO₂-Ausstoßes in der Energieproduktion Einsparungen an anderer Stelle wieder wettmacht.

Der Indikatorenbericht macht auch deutlich, dass die Ziele im Artenschutz und im Öko-Landbau, zur Verbesserung der Luftqualität und zur Reduzierung der Flächenversiegelung weit verfehlt werden, wenn die Bundesregierung keine weiteren Anstrengungen unternimmt. Lediglich bei der Etablierung der Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen hat die Bundesregierung ihr Ziel schon übererfüllt.

Umweltverbände legen konkrete Maßnahmen dar

Die Umweltverbände DNR, BUND und NABU haben ihrerseits die Veröffentlichung des Indikatorenberichtes zum Anlass genommen, sich mit einer eigenen Bilanz über fünf Jahre Nachhaltigkeitspolitik an die Bundesregierung zu wenden. Im Rahmen ihres gemeinsamen Projektes zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hatten die Verbände schon 2003, 2004 und 2005 ausführliche Bilanzen erstellt. Nun legen sie erneut dar, welche konkreten Maßnahmen notwendig wären, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Die Verbände fordern beispielsweise ein Verbot des Stand-by-Betriebs, die Abkehr vom Bau neuer Kohlekraftwerke, eine gesicherte Finanzierung von „Natura 200“, ein modernes Bundesnaturschutzgesetz im Rahmen eines Umweltgesetzbuches und einen Abbau umweltschädlicher Subventionen u. a. in der Siedlungs- und Landwirtschaftspolitik.

Ziele sind nicht ehrgeizig genug

Die Umweltverbände betonen erneut, dass viele der Nachhaltigkeitsziele gar nicht ehrgeizig genug gesetzt sind. So reicht eine Steigerung der Energieproduktivität für einen wirksamen Klimaschutz allein nicht aus. Zusätzlich muss auch der Gesamtenergieverbrauch halbiert werden. Die Verbände fordern außerdem eine Verringerung der Treibhausgase um 40 Prozent bis 2020, unabhängig von der Zielsetzung der EU. Der Flächenverbrauch soll noch vor 2020 gänzlich gestoppt werden, denn Gebäude zum Wohnen und Arbeiten sind bereits vorhanden oder können auf innerstädtischen Brachen realisiert werden.

Die ausführliche Stellungnahme von DNR, BUND und NABU sowie den Indikatorenbericht können Sie im Internet unter www.nachhaltigkeits-check.de in der Rubrik „Der Dialog-Prozess“ herunterladen.

• Weitere Informationen

DNR/BUND/NABU - Projekt Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, c/o DNR, Annette Littmeier, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80
eMail: annette.littmeier@dnr.de
www.nachhaltigkeits-check.de

Bundestag streicht UVP-Pflicht für Massentierhaltung

Protest von Umweltverbänden

Das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) und der Umweltverband BUND haben gegen das im Juni vom Bundestag verabschiedete „Gesetz zur Reduzierung und Beschleunigung von immissionsrechtlichen Genehmigungsverfahren“ protestiert. Durch das Gesetz entfällt die Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für neue größere Massentierhaltungsanlagen. Es wirke damit wie ein „Durchmarschgesetz für die Massentierhaltung“ und fördere die Überschussproduktion von Fleisch unter nicht artgerechten Haltungsbedingungen. Nach Ansicht von BUND und UfU ist die Absenkung bestehender Umweltstandards mit den von Bundesregierung und Bundestag proklamierten Klimaschutz- und Nachhaltigkeitszielen unvereinbar.

Umweltstandards werden abgesenkt

Der Vorsitzende des UfU Michael Zschiesche sagte, Deutschland gehöre mit diesem Gesetz zu den europäischen Ländern mit den schlechtesten Standards bei der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen. „Höheren Umweltbelastungen wird damit der Weg geebnet.“ So gelte bei der Hennenhaltung die Pflicht zur UVP künftig ab 60.000 statt bisher 42.000 Tieren. Bei Rindern und Pelztieren entfällt die UVP-Pflicht ganz.

Ursache für Überdüngung,

Treibhausgase und Urwaldkahlschlag

„Dieses erneute Beispiel einer so genannten Beschleunigungsgesetzgebung spricht allen Bekundungen von Bundesagrarminister Horst Seehofer für mehr Tier- und Umweltschutz Hohn“, sagte BUND-Geschäftsführer Gerhard Timm. Die Massentierhaltung werde zu Recht von einem Großteil der Bevölkerung abgelehnt. Sie sei Ursache für überhöhte Nitratwerte in den Gewässern und für Waldschäden und verursache ein Fünftel der klimaschädlichen Treibhausgase. Die Futtermittelimporte trügen außerdem maßgeblich zur Abholzung des Regenwaldes bei. (mb)



• Weitere Informationen

BUND, Agrarexpertin Reinhild Benning
Tel. 0176 / 65098341
eMail: reinhild.benning@bund.net
www.bund.net/agrarwende

Kurzmeldungen

Hubert Weinzierl erneut in Nachhaltigkeitsrat berufen

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Ende Mai im Bundeskabinett die Berufung der zukünftigen Mitglieder für den Rat für nachhaltige Entwicklung angekündigt. Auch Hubert Weinzierl, Präsident des Deutschen Naturschutzrings und Kuratoriumsvorsitzender der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, ist erneut Mitglied. In seiner Stellungnahme begrüßte es Weinzierl, dass die Kanzlerin die Fortsetzung und Kontinuität der Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland gewährleiste. Aufgabe des Rates ist es, die Bundesregierung bei der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu beraten und konkrete Handlungsfelder und Projekte vorzuschlagen. Zudem soll er den gesellschaftlichen Dialog zu Nachhaltigkeit fördern. Dem Nachhaltigkeitsrat unter Vorsitz von Volker Hauff gehören 15 Personen des öffentlichen Lebens an, darunter der ehemalige UNEP-Direktor Klaus Töpfer. Die Umweltverbände vertritt neben Hubert Weinzierl die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt, die ebenfalls wiedergewählt wurde. (fh)

● Rat für Nachhaltige Entwicklung, Berlin, Tel. 030 / 25491-780, Fax -785, www.nachhaltigkeitsrat.de

Woche der Umwelt: Positive Bilanz aller Beteiligten

„Begeistert von den Ideen, Projekten und Initiativen“ zeigte sich Bundespräsident Horst Köhler nach Abschluss der dritten „Woche der Umwelt“ in Berlin. Rund 12.000 Besucher sahen die Umwelt-Innovationen, die 187 Aussteller unter Koordination der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) in einer Zeltstadt im Park des Schlosses Bellevue präsentierten. 300 Expert/innen diskutierten in 75 Diskussionsforen über Umwelt- und Naturschutzthemen. DBU-Kuratoriumsvorsitzender Hubert Weinzierl sagte, er habe eine wirkliche Aufbruchstimmung ausgemacht. „So stelle ich mir den Natur- und Umweltschutz der Zukunft vor.“ Auch die Aussteller zogen ein positives Fazit. Martin Fellbaum von der neuen DBU-Initiative „Haus sanieren - profitieren“, mit der Eigenheimbesitzer zunächst nur in zwei Testregionen zur Altbausanierung ange-regt werden sollten, zeigte sich über-zeugt, die Aktion bereits auf das Bundes-gebiet ausdehnen zu können. (mb)

● DBU, Osnabrück, Tel. Telefon 0541 / 9633-0, Fax -190, www.dbu.de/710.html

Wettbewerb Frauen und Biodiversität - bis 22.9. mitmachen

► Am Internationalen Tag der Biodiversität, dem 22. Mai, hat die Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit (genanet) den Wettbewerb „FrauenLebenVielfalt“ ins Leben gerufen. Alle Frauen sind aufgefordert biologische und kulturelle Vielfalt in Zeichnungen, Fotos und Texten zu beschreiben. Gesucht werden nicht unbedingt Kunstwerke, sondern Bilder und Texte aus dem Alltag. Der Wettbewerb soll Frauen für das Thema Vielfalt und Biodiversität sensibilisieren. Genanet wird ausgewählte Beiträge in einer Publikation veröffentlichen und die schönsten Beiträge prämiieren. Einsendeschluss ist der 22. September. (fh)

● Leitstelle Gender/Umwelt/Nachhaltigkeit (genanet), Berlin, Tel. 030 / 30879835, www.genanet.de/biodiversitaet.html



Lesenswert

Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes

In 28 Porträts engagierter Menschen zeigen die Autorinnen des im Oekom Verlag erschienenen Buches „Wovon Menschen leben - Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes“, dass ohne private und öffentliche Eigenarbeit „kein Mensch und keine Wirtschaft“ auf Dauer existieren kann. Rund zwei Drittel der in unserer Gesellschaft notwendigen Arbeit sei unbezahlt - Hausarbeit, Eigenarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten. Die Porträts zeigen Menschen aus unterschiedlichen Schichten und Milieus, die für andere sorgen, ihren Nahraum gestalten, Natur bewahren oder Dinge ihres Alltags selbst herstellen. Die Lebensentwürfe sind mit Fotos illustriert und Interview-Mitschnitte auf der beiliegenden DVD bieten authentische Einblicke in das Leben der Porträtierten. (fh)

Andrea Baier, Christa Müller, Karin Werner: Wovon Menschen leben - Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes, Oekom Verlag, München 2007, 300 S. + DVD, 25,- Euro, ISBN 9783865810755



Die UN-Konferenz zur Biologischen Vielfalt 2008

Von Bettina Lange, Projektleiterin
DNR-Informationskampagne CBD

Projektstart von DNR und Forum Umwelt & Entwicklung

In Bonn werden nächstes Jahr zwischen dem 19. und dem 30. Mai die neunte Vertragsstaatenkonferenz (COP9) des UN-Übereinkommens über die Biologische Vielfalt (CBD) sowie das vierte Treffen der Mitglieder des Cartagena-Protokolls über biologische Sicherheit (MOP4) stattfinden. Zu diesem „Biodiversitätsgipfel“ werden unter deutschem Vorsitz rund 5000 Teilnehmer/innen aus den 190 Vertragsstaaten der Konvention zu Gast sein. Die Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties, COP) bildet das höchste politische Gremium der Konvention und findet alle zwei Jahre statt. Die politischen und organisatorischen Vorbereitungen laufen mittlerweile auf Hochtouren.

Einmalige Gelegenheit für Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit

Um zum Gelingen der COP9/MOP4 beizutragen, haben die deutschen Nichtregierungsorganisationen (NGO) im DNR und im Forum Umwelt & Entwicklung ein gemeinsames Projekt zur Koordination ihrer Aktivitäten gestartet, das vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesumweltministeriums (BMU) gefördert wird. Zeitgleich möchte das BMU durch seine Kampagne „Naturallianz“¹ öffentlichkeitswirksam das Interesse an der Biodiversität erhöhen.

Die COP der CBD findet das erste Mal in Deutschland statt. Dies ist eine große Chance für die deutschen Nichtregierungsorganisationen, sich international zu vernetzen und den Konferenzteilnehmer/innen ein nicht nur fußballbegeister-tes Land zu zeigen. Die deutsche Bevölkerung selbst soll über Knut hinaus die Bedeutung der Artenvielfalt weltweit und vor der eigenen Haustür besser erfahren.

Zentrale Themen von COP9 und MOP4

Die 4. Konferenz über biologische Sicherheit nach dem Cartagena-Protokoll (MOP4) wird sich vor allem mit Haftungsfragen beim Freisetzen gentechnisch veränderter Organismen befassen, z. B. Um-

welthaftung, Eigentumshaftung und Gesundheitshaftung.

Bei der 9. Konferenz der CBD stehen vorrangig folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Schutz der Wälder;
- Einrichtung mariner Schutzgebiete;
- Instrumente zur Finanzierung der Schutzgebietssysteme;
- Erhaltung pflanzen- und tiergenetischer Vielfalt in der Landwirtschaft;
- Entwicklung eines Regimes zum gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung genetischer Ressourcen (z. B. für Arzneimittel);
- Effiziente Umsetzung der Konvention und Erreichen des „2010-Ziels“ (erhebliche Reduzierung bzw. Stopp des weltweiten Verlusts an Biodiversität bis zum Jahr 2010) - allerdings ein Ziel, von dem erwartungsgemäß alle Staaten weit entfernt sind.

Gemeinschaftsprojekt mit zwei Schwerpunkten

Das gemeinsame NGO-Projekt „COP9-Vorbereitung“ besteht aus zwei Teilprojekten. Das Forum Umwelt & Entwicklung koordiniert dabei die NGO-Aktivitäten der umwelt- und entwicklungspolitisch tätigen Organisationen zur COP9 und entwickelt zusammen mit den deutschen und internationalen NGOs ein thematisches Aktionsprogramm. Vor allem die Aktivitäten der AG Biodiversität des Forums werden damit unterstützt und verstärkt. Geplant sind thematische Konferenzen zu den zentralen COP9/MOP4-Themen, Veröffentlichungen sowie Veranstaltungen zu Beginn von MOP4 und COP9. Als NGO-Kommunikationsplattform wurde die Homepage www.biodiv-network.de eingerichtet. Unter dem Motto „Networking for Biodiversity“ werden hier Positionspapiere, Forderungen, Hintergrundinformationen und Veranstaltungen der deutschen und internationalen Zivilgesellschaft für die Öffentlichkeit in den Sprachen Deutsch, Englisch und Spanisch online gestellt.

Das zweite Teilprojekt ist eine DNR-Informationskampagne, die die Bekanntheit der CBD in Deutschland erhöhen soll. Gerade die Erhaltung der Biodiversität hat eine Schlüsselrolle für alles Leben und Wirtschaften auf diesem Planeten. Die Bedeutung der CBD soll durch vermehrte Öffentlichkeitsarbeit den DNR-Verbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppen nahe gebracht werden.

Was beinhaltet die DNR-Informationskampagne?

► Die Information der deutschen Verbände und Initiativen über die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Biodiversitätsgipfel soll durch die Internetseite www.biodiv-network.de sowie durch Artikel in den Verbandszeitschriften und einen Newsletter erfolgen. Wünsche und Anregungen sind dabei stets willkommen!

Zudem wird eine Reihe unterschiedlich geprägter Veranstaltungen wie Tagungen, Workshops und Runde Tische stattfinden. Zielgruppen sind neben den DNR-Verbänden alle NGOs aus dem umwelt- und entwicklungspolitischen Kontext. Am 20. und 21.9. finden eine spezielle Informationsveranstaltung und ein Medienworkshop statt, wo intensivere Diskussionen angestoßen und die Medienarbeit der Verbände besser abgestimmt werden sollen.

Unsere Bitte an die DNR-Verbände

► Die DNR-Informationskampagne richtet sich an die Mitgliedsverbände und an weitere Interessierte in Deutschland. Wir würden uns über eine rege Beteiligung sehr freuen und benötigen Ihre Unterstützung. Wenn Sie selbst Veranstaltungen planen, stellen Sie diese doch unter das Motto „Biologische Vielfalt“. Da die Medienaufmerksamkeit bis zur COP9 verstärkt auf Artenvielfalt, Biodiversität und genetische Ressourcen gerichtet sein wird, bieten sich gute Möglichkeiten zur Öffentlichkeitsarbeit. Bitte informieren Sie uns im Gegenzug über Ihre Aktivitäten und Veranstaltungen zu den genannten Themen. Als zusätzliche Werbung können Sie Ihre Veranstaltungen auf der BMU-Internetseite www.naturallianz.de bekanntgeben. Sie ist Bestandteil der Öffentlichkeitskampagne des Ministeriums unter dem Titel „Naturallianz“.

So können wir gemeinsam den Bekanntheitsgrad, die öffentliche Wahrnehmung der CBD sowie die Einflussnahme auf die politischen Entscheidungen steigern, die für uns alle wichtig sind. ■ ▼

• Weitere Informationen

Projektbüro CBD COP9/MOP4, Günter Mitlacher, Bettina Lange, c/o DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 92399353
eMail: bettina.lange@dnr.de,
mitlacher@forumue.de
www.biodiv-network.de

¹ Weitere Informationen, Veranstaltungshinweise:
www.naturallianz.de

Entwurf zur Nationalen Biodiversitätsstrategie

Anhörung von Ländern und Verbänden

Das Bundesumweltministerium hat Mitte Mai den Entwurf der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt zur Anhörung an die beteiligten Kreise versandt. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sagte, gerade mit Blick auf die große UN-Naturschutzkonferenz 2008 in Bonn sei es wichtig, dass Deutschland rechtzeitig eine aussagekräftige Strategie zur biologischen Vielfalt vorlege. Das Land ist im nächsten Jahr Gastgeber der 9. Konferenz der Vertragsstaaten (COP 9) des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD). Deutschland habe sich international dazu bekannt, den Verlust biologischer Vielfalt bis 2010 „signifikant zu reduzieren“, so Gabriel weiter. „Unser Konzept ist ausgesprochen anspruchsvoll und wird durch ein umfassendes System konkreter Ziele und Maßnahmen ausgefüllt.“

Umweltverbände begrüßen Entwurf

Die Umweltverbände BUND, NABU und WWF begrüßten den vorgelegten Entwurf. „Die Bundesregierung macht damit einen ersten wichtigen Schritt hin zur Wahrung der Vielfalt der Arten und Lebensräume in Deutschland“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Müller. Deutschland als wohlhabende Industrienation müsse beim Erhalt der biologischen Vielfalt mit gutem Beispiel vorangehen. „Die Erkenntnis, dass das Problem des Artensterbens ebenso wichtig ist wie der Klimawandel, ist inzwischen auch in den Köpfen der Politiker angekommen“, sagte BUND-Geschäftsführer Gerhard Timm. Beim geplanten Umweltgesetzbuch müssten nun auch verbindliche Regelungen z. B. für die Forstwirtschaft, die Landwirtschaft oder den Energiepflanzenanbau geschaffen werden. (fh) ■ ▼

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Artenschutzexperte Magnus Herrmann, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-34, Fax -84
eMail: magnus.herrmann@nabu.de

Entwurf der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt, Hintergrund und weitere Informationen:
www.nabu.de/m06/m06_01/06676.html

Ausschreibung: Förderung von Naturschutzprojekten

BfN und GTZ vergeben Zuschlag-Erlöse aus Sondermarke - bis 1.11. bewerben

► Mit den Zuschlagerlösen aus dem Verkauf des im April 2008 erscheinenden Sonderpostwertzeichens „Natur weltweit bewahren“ werden Projekte im In- und Ausland mit dem Schwerpunkt „Biodiversität“ gefördert. Nichtregierungsorganisationen können hierfür Anträge bis zum 1. November stellen.

Schwerpunkt Biodiversität

2008 ist Deutschland Gastgeber für die 9. Vertragsstaatenkonferenz (COP9) des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD). Dabei geht es um den Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt und um gerechtere Entwicklungschancen für die ärmeren Länder. Daneben sollen die Projekte dazu beitragen, das ökologische Bewusstsein zu stärken, Engagement von Bürger/innen zu unterstützen sowie natur- und umweltverträgliches Verhalten zu fördern.

Übliche Voraussetzungen der Verbändeförderung gelten

Die Förderung erfolgt durch Zuschüsse in Form einer Zuwendung. Nicht förderfähig sind Investitionsvorhaben. Für die Antragstellung gelten die üblichen Voraussetzungen der Verbändeförderung, die dem Formular und dem Merkblatt auf der Website des Bundesumweltministeriums ● zu entnehmen sind.

Bei Anträgen für Auslandsprojekte erbittet die GTZ vorab eine kurze Projektskizze per eMail mit Titel, Zielen, erwarteten Ergebnissen, Aktivitäten, detailliertem Finanzierungsplan, Eigenbeitrag des Trägers und Zielgruppe. (BMU/mb) ■

• Weitere Informationen

www.bmu.de/foerderprogramme/verbaendefoerderung/foerderantraege/doc/3521.php

Anträge für Inlandsprojekte:
Bundesamt für Naturschutz (BfN), Ref. GK, Konstantinstr. 10, 53179 Bonn

Anträge für Auslandsprojekte:
Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Abt. 44, Roger Wolf, PF 5180, 65726 Eschborn
eMail: roger.wolf@gtz.de

Kurzmeldungen/Lesenswert

Psychologen: Gesundheitseffekte von Naturlandschaften nachweisbar

Naturpsychologen der Universität Marburg haben im Juni eine Studie veröffentlicht, die die Gesundheitseffekte von Naturlandschaften untersucht. Unter anderem wurde eine Art „Ideallandschaft“ beschrieben, die Menschen weltweit als schön empfanden. Deutsche Mittelgebirge gehörten demnach zu den „objektiv schönsten Landschaften der Welt“, erklärte Rainer Brämer, Natursoziologe an der Uni Marburg. „Nach Erkenntnissen der Naturpsychologie übt bereits eine Naturlandschaft als solche einen Effekt auf Stimmung und geistige Frische stressgeschädigter Personen aus“, so Brämer. Nach Angaben von Silvia Schäffer von der Universität Bonn haben Krankenhaus-Studien gezeigt, dass schon der Blick auf einen Baum vor dem Zimmer der Patienten ihren Bedarf an Schmerzmitteln senkt und ihre Verweildauer verkürzt. Unter dem Begriff „Therapeutische Landschaften“ sollen diese Effekte nun verstärkt bei Prävention oder Rehabilitation unterschiedlichster Erkrankungen eingesetzt werden. (fh)

● Universität Marburg, Rainer Brämer, Tel. 06421 / 2824709,
www.staff.uni-marburg.de/~braemer

Wildes Deutschland: Einzigartige Naturlandschaftsaufnahmen

Außergewöhnliche Darstellungen der ökologischen Vielfalt der „Nationalen Naturlandschaften“ zeigt der Fotograf Norbert Rosing in seinem neuen Bildband. In den seltenen Aufnahmen kann der Betrachter Sandbänke im Nationalpark Wattenmeer, Steinböcke in den Bergen des Berchtesgardener Lands oder Zugvögel auf unbewohnten Eilanden entdecken. Die Fotos sind demnächst auch als Kalender erhältlich. (ij)

Norbert Rosing: Wildes Deutschland - Bilder einzigartiger Naturschätze, National Geographic, Hamburg 2007, 248 Seiten, 39,95 Euro, ISBN: 978-3866900127; Kalender 2008: 60×55 cm, 49,95 Euro, ISBN: 978-3866900400 ■

EU-Grünbuch Stadtverkehr im Visier deutscher Städte

DStGB veröffentlicht 10 Thesen zum Nahverkehr in der Region

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat Ende April ein Positionspapier zum geplanten EU-Grünbuch Stadtverkehr (siehe EUR 04.07, S. 25)¹ verabschiedet. Die zehn Thesen zum Nahverkehr beziehen sich nicht nur auf Großstädte, sondern auch auf kleine Städte. Außerdem beleuchten sie die Auswirkungen des Stadtverkehrs auf die Regionen.

Die Verfasser der Thesen betonen, dass kommunale Verkehrspolitik im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung sei. Der DStGB lobt mit Blick auf die EU, dass diese sich bei der Gesetzgebung auf ihren Kompetenzbereich beschränke. Allerdings solle die Union keine verkehrspolitischen Maßnahmen ergreifen, die im Widerspruch zu anderen Politikbereichen stehen, z. B. zum Binnenmarkt oder Umweltschutz.

Entkopplung von Wirtschafts- und Verkehrswachstum als Ziel behalten

Der kommunale Dachverband appelliert an die EU sich für das Ziel der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Verkehrswachstum einzusetzen. Die Basis dafür seien die Kapazitätsgrenzen von Verkehrswegen und -flächen in Städten. Die EU solle verstärkt den öffentlichen Personennahverkehr verbessern und den verschiedenen Verkehrsträgern stärker die von ihnen verursachten Kosten in Rechnung stellen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB), Marienstr. 6, 12207 Berlin
Tel. 030 / 77307-0, Fax -222
eMail: dstgb@dstgb.de
www.dstgb.de

ADFC: Nationaler Radverkehrsplan gescheitert

In der Klimadiskussion kommt das Fahrrad nicht vor

Anlässlich der Fahrradkonferenz Velo-city Mitte Juni in München hat der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) kritisiert, dass der Radverkehr in Deutschland unterbewertet werde. Dieser stagniert als Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen seit mehreren Jahren bei neun Prozent. Dabei, so der ADFC, habe der 2002 beschlossene Nationale Radverkehrsplan zu einer deutlichen Stärkung des Radverkehrs in Deutschland führen und dessen Anteil bis 2012 verdoppeln sollen.

Beispielstadt Troisdorf zeigt CO₂-Einsparpotentiale auf

Gerade in der Diskussion um den Klimawandel und die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes kann die Förderung des Radverkehrs nach Auffassung des Clubs eine Lösung bieten. Als Beispiel für die enormen Einsparpotentiale des Radverkehrs verwies der ADFC auf die Stadt Troisdorf bei Bonn. Durch gezielte Förderung der Fahrradnutzung sanken die Pkw-Fahrten dort um zehn Prozent. Auf Gesamtdeutschland hochgerechnet ergäbe dies ein Einsparpotenzial von rund drei Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr. „Als Klimaschützer kommt das Fahrrad in der öffentlichen Debatte jedoch kaum vor“, beklagte der ADFC.

Groß angelegte Imagekampagne für das Fahrradfahren notwendig

Der Verband fordert deshalb „eine groß angelegte und entsprechend finanzierte Imagekampagne für das Fahrrad“. Der vom Bundestag im Nationalen Radverkehrsplan geforderte Wettbewerb „Fahrradfreundlich in Stadt und Land“ wäre nach Ansicht des Clubs hierfür ein Anfang. ADFC-Vorsitzende Karsten Hübener: „Die Botschaft muss lauten: Radfahren ist attraktiv, angemessen und erwünscht.“ (fh) ■

• Weitere Informationen

Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC), Bettina Cibulski, Grünenstr. 120, 28199 Bremen
Tel. 0421 / 34629-15, Fax -50
eMail: bettina.cibulski@adfc.de
www.adfc.de
www.velo-city2007.com

Bahn stoppt Ticketverkauf im Nahverkehrszug

Bündnis „Bahn für Alle“ kritisiert Abbau bei Personal und Service

Das Bündnis „Bahn für Alle“ hat die Änderungen der Bahn zum Fahrplanwechsel am 10. Juni kritisiert. Diese würden vor allem aus scheinbaren Schnäppchen im Fernverkehr und Serviceeinschränkungen im Nahverkehr bestehen. Zum Fahrplanwechsel hat die Deutsche Bahn AG im Nahverkehr den Fahrkartenverkauf im Zug abgeschafft. Wer ohne Fahrkarte einsteigt, kann nicht mehr zu einem Aufpreis nachlösen, sondern wird als Schwarzfahrer behandelt.

„Personalabbau verschreckt Kunden“

Die Bahn bereite so einen weiteren Personalabbau vor, der auch zu Lasten der Kunden gehe, kritisierte das Bahn-Bündnis. In Bayern hatte die Bahn den Fahrkartenverkauf im Zug bereits vor einiger Zeit abgeschafft und für diesen Testlauf viele Beschwerden geerntet. Die Deutsche Bahn verprelle mit ihrer Strategie der reinen Kostensenkung ihre Kunden, kritisierte „Bahn für Alle“. Geschlossene Bahnhöfe und unbesetzte Schalter kosteten die Bahn am Ende weit mehr, als sie kurzfristig einspare. Auf verwaisten Bahnhöfen fühlten sich Menschen unwohl. Es entstünden Kosten für Sicherheitsdienste.

Service wichtiger als Sonderangebote

Bereits seit Jahren dränge die Bahn zudem ihre Kunden weg vom Schalter, hin zum Automaten. Das Wochenendticket oder das neue „Dauer-Spezial“ kosten am Schalter mehr als am Automaten oder im Internet. Doch an den Automaten scheiterten viele Menschen, vor allem, wenn es schnell gehen müsse. Zur Kundenbindung und Kundengewinnung sei guter Service wichtiger als Schnäppchen-Angebote wie das neue „Dauer-Spezial“ (siehe folgende Seite), das sich zudem auf vielen Strecken nicht lohne, stellte das Bündnis fest. (fh) ■ ▼

• Weitere Informationen

Bahn für Alle, Kampagnenbüro, Oliver Waltenrath
Tel. 069 / 90028140
eMail: info@bahn-fuer-alle.de
www.bahn-fuer-alle.de

¹ www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur0704.pdf

Kurzmeldungen

ADFC und AOK starten Aktion „Mit dem Fahrrad zur Arbeit“

Die Krankenkasse AOK und der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) haben Mitte Mai in München zum 7. Mal die Initiative „Mit dem Rad zur Arbeit“ gestartet. Von Juni bis August werden die Teilnehmer der Aktion ihr Auto zu Gunsten des Fahrrades stehen lassen, um ins Büro zu fahren. Ziel der bundesweiten Aktion ist der Kampf gegen Bewegungsmangel sowie die CO₂-Einsparung. Insgesamt 300.000 Berufstätige haben in den vergangenen Jahren an der Aktion teilgenommen. Laut ADFC und Umweltbundesamt kann die zunehmende Nutzung des Fahrrades den CO₂-Ausstoß um bis zu 7,5 Millionen Tonnen vermindern, wenn jeder Bundesbürger statt bisher 300 Kilometer 1000 Kilometer pro Jahr Fahrrad fahren würde. (fh)

● ADFC, Bremen, Tel. 0421 / 346290, www.adfc.de

Bahn will mit Dauer-Spezial-Angebot Autos und Billigflieger ausstechen

Die Bahn bietet seit dem Fahrplanwechsel im Juni nach eigenen Angaben jeden Monat eine dreiviertel Million Tickets zum „Dauer-Spezial“-Preis an. Eine Fahrt in der 2. Klasse kostet dann nur noch zwischen 29 und 74 Euro. Das Ticket muss drei Tage vor Reiseantritt erworben werden. „Dauer Spezial“ ersetzt die bisherigen saisonalen Sonderangebote. Mit dem Billigtarif will die Bahn sowohl dem Autoverkehr als auch Billigfluggesellschaften Konkurrenz machen. Verbraucherschützer und die Medien zeigten sich noch nicht überzeugt. „Nur wer durchblickt, spart“, ergab ein Test von n-tv. Auch das Bündnis „Bahn für alle“ kritisierte das Konzept und forderte stattdessen eine dauerhafte Preissenkung für die BahnCard 50 (siehe S. 17). (fh)

www.bahn.de/p/view/preise/aktionspreis/dauer_spezial.shtml

Verfassungsbeschwerde Dresdens zur Waldschlösschenbrücke erfolglos

Das Bundesverfassungsgericht hat Mitte Juni entschieden, dass der UNESCO-Welterbevertrag der Umsetzung des Bürgerentscheids für den Bau der „Waldschlösschenbrücke“ in Dresden nicht unbedingt entgegensteht. Insofern seien die für sofort vollziehbar erklärten Vergabeentscheidungen, mit der die Rechtsaufsichtsbehörde den Brückenbau eingeleitet ha-

be, verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden (Beschluss vom 29.05.2007, 2 BvR 695/07). Im Juli 2006 hatte das Welterbekomitee das Elbtal, das 2004 in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen worden war, wegen des beabsichtigten Baus der Waldschlösschenbrücke auf die „Liste des gefährdeten Erbes der Welt“ gesetzt (siehe DRB 04/07, S. 22). Die damit verbundene Verfassungsbeschwerde der Stadt Dresden gegen den Bau, zusammen mit dem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung, nahm das Gericht nicht an. Die Entscheidung verletze die Stadt Dresden nicht in ihrem Recht aus Art. 19 Abs. 4 GG (Rechtsschutzgarantie), stellten die Richter der Ersten Kammer des Zweiten Senats klar. (fh)

Bürgerinitiative Welterbe Dresdner Elbtal, Dresden, Tel./Fax 0351/ 4721427, www.elbwiesen-erhalten.de

Schäden durch Kyrill an Wanderwegen noch nicht vollständig behoben

Der Deutsche Wanderverband hat Ende Mai empfohlen, sich vor dem Start einer längeren Wanderung über den Zustand der Wanderwege zu informieren. Denn auch knapp drei Monate nach dem Sturm tief Kyrill sind noch nicht alle Wanderwege frei. Dies hat eine aktuelle bundesweite Umfrage des Verbandes bei seinen Mitgliedsvereinen ergeben. Kurze Touren und Tagesetappen auf den großen Wegen sind jedoch wieder überall möglich - auch in stark betroffenen Gebieten wie dem Sauerland. Man wünsche gerade den betroffenen touristischen Regionen viele Gäste, damit durch die Einnahmen aus dem Wandertourismus auch Gelder in den Wiederaufbau der Wander-Infrastruktur fließen könnten, sagte der Wegewart des Wanderverbands Frank Schlinzig. Auskünfte über die Situation vor Ort geben touristische Organisationen, Forstverwaltungen sowie die Gebirgs- und Wandervereine. (fh)

● Deutscher Wanderverband, Kassel, Tel. 0561 / 9387314, www.wanderverband.de

Lesenswert

Mallorca: Tipps zur Erhaltung der Kulturlandschaft

Der mallorquinische Naturschutzverband GOB (Group Balear d'Ornitologia i Defensa de la Naturalesa) hat zusammen mit seinem neuen Mitglied, dem deutschen Musiker Peter Maffay, eine Infobroschüre mit „Tipps zur Erhaltung der Kulturlandschaft auf den balearischen Inseln“ vorgestellt. GOB-Sprecher Gerhard Hau hofft dabei, dass Mafay den einen oder anderen Prominenten dazu bewegen kann, den Naturschutz auf Mallorca zu unterstützen. Das Bemühen des GOB, die deutschen Inselbewohner für das Thema Naturschutz auf Mallorca zu sensibilisieren, ist nicht neu, soll aber verstärkt werden. Die Broschüre behandelt vor allem die Themen naturgerechter Haus- und Gartenbau, Schutz der Tierwelt und Erhaltung der Naturschönheiten der Balearen. Sie richtet sich somit vor allem an derzeitige und zukünftige Hausbesitzer auf Mallorca. (fh)

GOB (Hrsg.): „Tipps zur Erhaltung der Kulturlandschaft auf den balearischen Inseln Mallorca, Menorca, Ibiza und Formentera“, Palma 2007, 36 S.; kostenloser Download (PDF, 5,4 MB): www.ludwig-salvator.com/file/guia_gob.pdf



Ostseeschifffahrt: Risiken durch Überkapazitäten

Studie zeigt Gefahren durch Schiffsemissionen auf

Bei der Vorstellung einer neuen Studie zur Ostseeschifffahrt hat der Umweltverband BUND im Mai von Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee ein klares Bekenntnis zum Ostseeschutz verlangt. Es müssten endlich entschiedene Schritte zur Senkung der Schiffsemissionen erfolgen. Bisher belastet der Schiffsverkehr die Meeresumwelt in hohem Maße. Von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns forderte der BUND, auf Bundesebene „mehr Druck“ für eine bessere Schiffssicherheit zu machen. Beate Lange, Autorin der BUND-Studie, kritisierte den von ihr beobachteten Trend zu immer größeren Schiffen. Die daraus folgenden Hafenerweiterungen führten dann wiederum zum überzogenen Ausbau der Hinterlandverbindungen.

„Stärkerer Verkehr und größere Schiffe erhöhen die Zahl der Unfälle“

Entlang der Ostseeküste seien Überkapazitäten geschaffen worden. Stärkerer Verkehr und größere Schiffe erhöhten die Unfallwahrscheinlichkeit und damit die Bedrohung der Meeresumwelt. Die Einführung von elektronischen Seekarten (ECDIS) und des automatischen Identifizierungssystems (AIS) seien deshalb wichtige Schritte, um diese Risiken zu verringern. Die Ostsee verzeichne europaweit die höchsten Zuwächse im Güterschiff- und Fährverkehr. Bis 2010 werde sich der Frachtschiffverkehr mehr als verdoppeln. BUND-Verkehrsexperte Werner Reh forderte Tiefensee auf, endlich ein nationales Hafenkonzzept vorzulegen, um überflüssige Eingriffe in Landschaft und Natur zu verhindern und die Ausbauplätze der Häfen zu regulieren. (fh) ■

• Weitere Informationen

BUND, Verkehrsexperte Werner Reh,
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-35, Fax -40
eMail: werner.reh@bund.net
www.bund.net/verkehr

Risiko von Arzneimitteln im Abwasser unbekannt

Regelmäßige Funde in Umweltproben - Krankheitserreger werden resistent

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Cornelia Behm mitgeteilt, dass in Abwasser- und Umweltproben regelmäßig Rückstände von Arzneimitteln gefunden werden. Dabei handele es sich vor allem um das Röntgenkontrastmittel Diclofenac und das Antiepileptikum Carbamazepin. Derzeit reichten die vorliegenden Kenntnisse aber nicht aus, um ein abschließendes Urteil darüber zu fällen, welche Risiken von Arzneimitteln im Abwasser und im Klärschlamm ausgehen.

Die Bundesregierung schloss sich jedoch der Empfehlung des Sachverständigenrats für Umweltfragen an, wonach weniger Arzneimittel in die Umwelt gelangen sollten. Es gebe aber bisher noch keine gemeinsamen Anstrengungen von Industrie und Behörden zur Verringerung von Arzneistoffen in der Umwelt.

Klärschlammverordnung soll bald novelliert werden

Auf die Frage, welche Auswirkungen Arzneimittelrückstände im Abwasser auf die Entstehung von Resistenzen von Krankheitserregern haben, teilte die Bundesregierung mit, dass nach gegenwärtigem Kenntnisstand Tiere und Menschen vornehmlich während der Behandlung mit Medikamenten Resistenzen entwickeln. Die wenigen vorliegenden Untersuchungen an Pflanzen hätten außerdem gezeigt, dass auch diese prinzipiell Arzneistoffe aus dem Boden aufnehmen können.

In einer Vorbemerkung zu ihrer Antwort räumte die Bundesregierung ein, dass die Klärschlammverordnung aus dem Jahr 1992 nicht mehr in allen Punkten den heutigen Anforderungen des Bodenschutzes entspreche. Sie solle daher zeitnah novelliert werden. (fh) ■ ▼

• Weitere Informationen

Bündnis90/Die Grünen, agrar- und walddpolitische Sprecherin Cornelia Behm, 11011 Berlin
Tel. 030 / 2277-1565, Fax -6165
eMail: cornelia.behm@bundestag.de
www.cornelia-behm.de

Kurzmeldungen/Lesenswert

Netzwerk „Fließgewässer im urbanen Raum“ hilft Initiativen vor Ort

Die Kommunale Umwelt-Aktion U. A.N. hat bis Anfang Mai mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) das Netzwerk „Fließgewässer im urbanen Raum“ konzipiert und aufgebaut. Begleitet wurde der Aufbau des Netzwerks durch eine Gruppe ehrenamtlich wirkender Experten und Vertreter aus der kommunalen Praxis und Wissenschaft. Kooperationspartner ist die Stadt Osnabrück, die mit ihrer ersten Netzwerktagung im Oktober 2006 den Anstoß zum Projekt gab. Das Netzwerk will Initiativen vor Ort praktische Hilfestellungen bei der Umsetzung von Revitalisierungsvorhaben von Fließgewässern geben. Es möchte Möglichkeiten aufzeigen, Erfahrungen nutzbar machen und ein Netzwerk mit engen Querverbindungen zu Fachverbänden, kommunalen Spitzenverbänden und anderen Kooperationspartnern knüpfen. Insgesamt soll damit ein entscheidender Beitrag zur Revitalisierung von Fließgewässern im urbanen Raum geleistet werden. (fh)

● Kommunale Umwelt-Aktion U. A.N.,
Hannover, Tel. 0511 / 3028570,
www.uan.de

Wenn die Flüsse versiegen:

Zwischen Sachbericht und Reportage

Der Autor Fred Pearce zeigt anhand von Fakten und Beispielen in seinem Buch auf, in welcher Art und Weise der Mensch mit der knappen Ressource Wasser umgeht. So beschreibt er Anbauregionen, in denen trotz geringen Wasservorkommens intensiv verbrauchende Pflanzen angebaut werden. Der Autor konfrontiert den Leser mit dem jedem Produkt innewohnenden virtuellen, also unsichtbaren Wassergehalt. Lösungsansätze sieht er auf der Basis traditioneller kleinräumiger Anwendung, wie dem vermehrten Auffangen von Niederschlägen z. B. in Zisternen. (jj)

Fred Pearce: Wenn die Flüsse versiegen,
Antje Kunstmann Verlag, München 2007,
400 Seiten, 24,90 Euro, ISBN: 978-3888974717

■

Termine

Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen möchten, können sich bei info@dnr.de anmelden.

Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf www.dnr.de/termin-links zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte rechtzeitig in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

29.6.-1.7., Schönau im Schwarzwald
12. Schönauer Strom-Seminar
 Förderverein für umweltfreundliche Stromverteilung und Energieerzeugung
 Tel. 07673 / 8885-0, Fax -19
info@ews-schoenau.de
www.ews-schoenau.de/Aktuelles/Stromseminar/2007

5. 7., Berlin
Strategien für Nachhaltigkeit - die Rolle der Bundesländer
 DNR, BUND, NABU; Annette Littmeier, Berlin
 Tel. 030 / 443391-88, Fax -80
annette.littmeier@dnr.de
www.nachhaltigkeitscheck.de

5./6.7., Gelsenkirchen
Erneuerbare Energien: Job- und Bildungsmesse
 Wissenschaftsladen Bonn, Wissenschaftspark Gelsenkirchen, Stadt Gelsenkirchen
 Tel. 0228 / 201610
info@jobmesse-ee.de
www.jobmesse-ee.de

6.7., Bad Bevensen
BNE-Generator - Nachhaltigkeit wirksam umsetzen
 Bundesverband TuWas e.V., München
 Tel. 089 / 59946770
info@tuwas.net
www.tuwas.net

6./7.7., Chemnitz
Kooperativer Stadtumbau und gemeinschaftliche Stadtentwicklung
 Tagung; innova eG, Winfried Haas, Leipzig
 Tel. 0341 / 6810985
winfried.haas@innova-eg.de
www.innova-eg.de

7.7., Berlin
Zweite Verkehrskonferenz Ost - Umstieg, Umbau, umso besser
 Bündnis 90/Die Grünen, Peter Hettlich, Berlin/Leipzig
 Tel. 030 / 22771864
peter.hettlich.lt@bundestag.de
www.gruene-bundestag.de

15.-19.7., Vilm bei Rügen
Biomasseproduktion: Der große Nutzungswandel in Natur und Landschaft
 7. Vilmer Sommerakademie; Bundesamt für Naturschutz (BfN), Martina Finger
 Tel. 038301 / 86-112, Fax -117
martina.finger@bfm-vilm.de
www.bfn.de/0603_kalender.html

30.7.-11.8., Nürnberg-Offenbach
Tour de Natur
 Grüne Liga Dresden
 Tel. 0351 / 4943-354, Fax -400
mail@tourdenatur.net
www.tourdenatur.net

5.-12.8., Bandau (Sachsen-Anhalt)
Europäisches Strohballenbau-Camp
 Fachverband Strohballenbau (FASBA), Dirk Scharmer, Lüneburg
 Tel. 04131 / 22786-49, Fax -48
info@fasba.de
www.fasba.de

19.8.-16.9., Poppau/Altmark
Ecovillage Design Education
 Gaia Education, Kosha Joubert
 Tel. 039000-90860, Fax -51232
kosha@siebenlinden.de
www.siebenlinden.de

6./7.9., Erfurt
1. Internationaler Kongress zu Pflanzenöl-Kraftstoffen
 nova-Institut, Hürth
 Tel. 02233 / 9436-84, Fax -83
michael.carus@nova-institut.de
www.nova-institut.de

14.-16.9., Frankfurt/Main
2. Frankfurter Umweltkongress - Wege aus den ökologischen und ökonomischen Krisen
 Deutsche Umwelt- und Gesundheits-Initiative (DUGI), Johann Fonfara
 Tel. 069 / 360079-05, Fax -06
info@dugi-ev.de
www.dugi-ev.de

14.-16.9., Poppau/Altmark
Lebensräume nachhaltig gestalten - Einführung in die Planungsmethode Permakultur
 Ökodorf e.V., Sandra Campe
 Tel. 039000 / 512-35, Fax -32
verein@oekodorf7linden.de
www.oekodorf7linden.de

17.-18.9., Berlin
Lokale Nachhaltigkeitsstrategien
 Bundesweiter Fortbildungs- und Netzwerkkongress, Grüne Liga, Stefan Richter
 Tel. 030 / 4433910, Fax -33
mail@netzwerk21kongress.de
www.grueneliga-berlin.de

19.-21.9., Hohenheim bei Stuttgart
Fortschritte im Biogas
 Int. Konferenz; Internationales Biogas und Bioenergie Kompetenzzentrum (IBBK), Kirchberg/Jagst
 Tel. 07954 / 9262-03, Fax -04
conference@biogas-zentrum.de
www.biogas-zentrum.de/ibbk

26.-28.10., Poppau/Altmark
Aufbau von Gemeinschaftsprojekten
 Seminar; Hand in Hand Gemeinschaftsberatung, Eva Stützel
 Tel. 039000 / 512-37, Fax -32
info@gemeinschaftsberatung.de
www.gemeinschaftsberatung.de

9.-11.11., Ramsau b. Berchtesgaden
unterTage Alpin 2007
 Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher, Bärbel Vogel
 Tel. 08657 / 983787
b.w.vogel@gmx.de
www.vdhk.de
 (fh, ij, mb) ■

Information und fachlicher Austausch

Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu allen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Öko-jobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich.

www.dnr.de/umweltinfo

„Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Meinungen und Informationen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tier-schutz, Wirtschaft) sowie nach Bundes-ländern.

www.gruenes-forum.net

Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jede/r nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden über 500.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.

www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Willkommen

www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umweltschutz
(mb) ■

EU-Umweltpolitik verständlich: Unsere Sonderhefte

Meldungen und Kommentare zur europäischen und internationalen Umweltpolitik finden Sie im EU-Rundschreiben - der „Schwesterpublikation“ zum Deutschland-Rundbrief (siehe nächste Seite). Zusätzlich zu diesem erscheinen mehrmals im Jahr thematische Sonderhefte. Viele dieser Sonderhefte sind gerade für DRB-Leser/innen interessant: Sie bringen Licht in die Brüsseler Strukturen und zeigen, wie sich Umweltverbände auf europäischer Ebene effektiv und erfolgreich engagieren können.

Titel/Thema	Ausgabe
Europa vor der Energiewende? Aktuelles zur EU-Energiepolitik	II/2007
EU-Fonds für die Umwelt: Ein kritischer Leitfaden	I/2007
Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?	Extra
Memorandum zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft/10 Grüne Prüfsteine	Extra
Umsetzung von EU-Umweltrecht: Wohin steuert die Europäische Union?	11./12.06
Forderungen an den deutschen Vorsitz im Rat der EU und bei der G8	10.06
Rat und Tat in Brüssel: Alles über den Rat der Europäischen Union	08/09.06
Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Alle Sonderhefte können kostenlos im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):

www.dnr.de/eur („Bisherige Ausgaben“) oder
www.eu-koordination.de („Publikationen“)

Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR im Monat Juni

► Naturschutz- und Umweltpolitik wird in Brüssel gemacht: 80 Prozent des in Deutschland geltenden Umweltrechts gehen auf europäische Initiativen zurück. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe Seite 2). Probelesen und Bestellen im Internet: www.eu-koordination.de

Editorial

- Die Europäische Verfassung - zwiegespalten auferstanden?

EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz

- „G8-Dialog Zivilgesellschaft“: Bloßer Austausch von Standpunkten

EU-Politik, Recht

- EEB/DNR-Konferenz zum „New Deal“
- Konsultation zu marktwirtschaftlichen Instrumenten
- Kritik an EU-Ressourcenstrategie
- EU-Kommission: NGO-Halbzeitbilanz
- Halbzeitbilanz des 6. Umweltaktionsprogramms
- EU-Gelder für deutsche Regionen
- Kommission legt Budget für 2008 vor
- Umwelthaftung: Umsetzungsdefizit

Abfall, Produktpolitik

- Abfallrahmenrichtlinie im Umweltrat
- Abfallrecht: Parlament will Mitsprache
- Altauto-Richtlinie: Umsetzung lahmt
- EU-Ökolabel für deca-BDE?

Agrarpolitik, Gentechnik

- Protest gegen Gentechnik-Grenzwert in neuer Ökolandbauverordnung
- Deutschland stoppt Genmais

Chemikalien, Emissionen

- Die WHO steht zur globalen Eliminierung von DDT
Von Carina Weber, PAN Germany
- Rotterdam-Konvention: Mehr Dauergifte sollen verboten werden
- EFSA rügt hohe Pestizid-Grenzwerte

Energie, Klima

- Europaparlament zieht positive Euratom-Bilanz
- EU: Biokraftstoffe nicht nachhaltig
- EU will Energiemarkt-Liberalisierung
- Neuer Klimaschutz-Ausschuss
- Parlamentsdebatte zum Flugverkehr
- EU-USA-Gipfel ohne Klima-Beschluss
- UN-Nachhaltigkeitskonferenz: EU verweigert Unterschrift
- Kongress McPlanet.com fordert global gerechten Klimaschutz
- Verbände gründen Klima-Allianz

Naturschutz, Biodiversität

- LIFE+-Verordnung angenommen
- Jubiläum: 15 Jahre Natura 2000
- Erster Atlas zur Nährstoffbelastung
- Globales Arteninformationssystem
- Naturschutzdirektoren-Konferenz
- Kritik an neuer Masthühner-Richtlinie

Verkehr, Tourismus

- Städte zum Grünbuch Stadtverkehr
- Westeuropas Bahnen kooperieren
- EIB-Kredite heizen das Klima an

Wasser, Meere, Fischerei

- EU-Parlament für Erika-III-Paket
- Meerespolitikkonferenz enttäuschend
- Konsultation zu Aquakulturen
- NABU fordert Schutz für Hai-Arten
- Artenschwund in Süßwasserbiotopen

Service

- Veröffentlichungen/Neu im Netz
- Ausschreibungen
- Termine
- Wegweiser: EU, EEB

Sonderheft

- EUR Sonderheft II/2007 (separate Heftung):
Europa vor der Energiewende?
Aktuelles zur EU-Energiepolitik

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.06“ weist z. B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2006 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. „EUR 11.06“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: www.dnr.de/drbb („Bisherige Ausgaben“).

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationsdienst www.ngo-online.de

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/drbb

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Nachrichten an. Unter rund 50 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: www.dnr.de/infoservice

Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, getragen vom DNR und mehreren Nord-Süd-politischen Organisationen. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen und Archiv im Internet: www.eu-koordination.de www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzinges

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug**
Kontonummer:

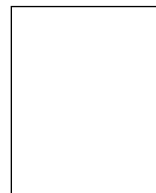
Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

Geldinstitut:
Bankleitzahl:

- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion Deutschland-Rundbrief
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin